Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 82. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 6. April 1933. | 15. Jahrgang.

Menschen gibt's, die alles können wollen,
Nur nicht können, was sie können sollen.

Umschau.

— Eine Rede der Tat. — Verwässerung des Mussolinipaktes? — Der Kampf gegen die Greuelhetze. — Wirrwarr in Oesterreich. — Die englisch-russische Spannung. — Japans Austritt aus dem Völkerbund. —

Vor vierzehn Tagen schrieben wir an dieser Stelle, daß eine noch so vollkommene innenpolitische Säuberung auf die Dauer zwecklos wäre, wenn nicht Hand in Hand mit ihr die außenpolitische Befreiung ginge. Inzwischen hat Reichskanzler Hitler seine denkwürdige Reichstagsrede gehalten, die gerade auch in außenpolitischer Beziehung von grundlegender Bedeutung ist. Diese Kanzlerrede war nicht nur eine Rede, sie war zugleich eine h i s t o r i s c h e T a t! In diesem Umstand sehen wir auch den gewaltigen Unterschied zwischen der Regierungserklärung Hitlers und den Erklärungen dieses oder jenes seiner Amtsvorgänger. Was aber die Rede Hitlers in die Sphäre der nationalen Tat erhob, das ist nicht zuletzt der Wille einer Volksmehrheit, wie sie in solcher massiven Geschlossenheit bisher noch keinen deutschen Kanzler getragen hat. Gewiß, auch andere Nachkriegskanzler haben gelegentlich nationale Worte gefunden. Aber ihre Worte blieben nichts als Worte, da nichts anderes hinter ihnen stand als der übliche parlamentarische Kuhhandel, der jeder einzelnen Partei einen Lockbissen hinwarf, während das Volk als Ganzes immer hoffnungsloser dem Chaos entgegentrieb. Mit dieser Politik ist es nun glücklich zu Ende. Jetzt gibt es kein Schaukeln, kein Wanken und kein Schwanken mehr. Das deutsche Volk hat über die Köpfe seiner schon längst überflüssigen Parlamentarier hinweg den Ernst der Stunde begriffen und seine Führung in die Hände von Männern gelegt, die die Gewähr dafür bieten, daß das Schicksal unseres deutschen Vaterlandes auch ohne parlamentarische Hilfestellung einer besseren Zukunft entgegengeführt wird.

Im Laufe der letzten vierzehn Tage aber hat sich auch herausgestellt, daß jene ersten französischen Berichte über den angeblichen Inhalt des Mussoliniplanes entstellt und irreführend waren. Der Mussoliniplan kann vielmehr so, wie er jetzt in seinem Wortlaut vorliegt, durchaus als eine geeignete Verhandlungsgrundlage bezeichnet werden, zumal er ganz klar für die deutsche Gleichberechtigung und für eine weitgehende Revision der Friedensdiktate eintritt. Entsprechend sind die anfangs optimistischen Pariser Stimmen in eine geradezu bösartige Ablehnung des „Viererpaktes" umgeschlagen. Und da MacDonald dem Paktvorschlag Mussolinis äußerst sympathisch gegenübersteht und sich überdies im Unterhaus ebenfalls für die praktische Durchführung der deutschen Gleichberechtigung und für Diktatrevision ausgesprochen hat, so darf man wohl den gegenwärtig in Paris stattfindenden englisch-französischen Verhandlungen über den Mussolinipakt mit größter Spannung entgegensehen. Der englische Botschafter soll bereits eine Erklärung seiner Regierung überreicht haben, die sehr wesentlich von der Stellungnahme MacDonalds im Unterhaus abweicht. Insbesondere soll die englische Regierung in der Frage der Gleichberechtigung und der Diktatrevision den französischen Wünschen weitgehend entgegengekommen sein. Das würde also mit anderen Worten bedeuten, daß man von englisch-französischer Seite her eine Verwässerung des Mussoliniplanes anstrebt, womit sich natürlich Deutschland auf keinen Fall zufrieden geben kann. Die außenpolitischen Ausführungen der Hitlerschen Regierungserklärung gipfelten in dem Satze: „Zehn Jahre eines aufrichtigen Friedens werden für die Wohlfahrt aller Nationen nützlicher sein als ein dreißig Jahre langes Verrennen in die Begriffe von Sieger und Besiegte!" — Die Franzosen und ihre englischen Schildknappen können versichert sein, daß in diesem Punkte nicht nur die Regierungsmehrheit, sondern das g a n z e deutsche Volk hinter seinem Kanzler steht. Wenn der „aufrichtige Friede", nach welchem sich a l l e Völker sehnen, auch jetzt wieder von Paris aus sabotiert werden soll, dann muß es Deutschland ablehnen, sich an einem solchen Schandwerk zu beteiligen. Das neue Deutschland ist zu schade, als daß es mit internationalen Falschspielern gemeinsame Sache macht.

Daß aber unser Volk in seinem Kampfe um Freiheit und Recht zum l e t z t e n Krafteinsatz entschlossen ist, hat die ebenso rücksichtslos wie diszipliniert durchgeführte Abwehraktion gegen die ausländische Greuelpropaganda erwiesen. Es galt eine internationale Deutschenhetze abzuwehren, wie sie ihresgleichen eigentlich nur in den belgisch-französischen Schauermärchen findet, die während des Weltkrieges in der schamlosesten Weise in die Welt gesetzt wurden und uns den Haß fast aller Völker der Erde eintrugen. Die Kanäle dieser durch und durch [illegible] Greuelhetze sind heute dieselben wie damals. [illegible] der wichtigsten Zentralen liegt bei der berüchtigten Havas-Agentur in Frankreich, dessen intime Beziehungen zu dem jüdisch-amerikanischen Weltbankier Morgan ja längst kein Geheimnis mehr sind. Frankreich und die internationale Hochfinanz arbeiten auch diesmal wieder Hand in Hand. Beide hassen Deutschland. Sie haben es nur insoweit geschätzt, als sie ihre Schmarotzergeschäfte auf unsere Kosten machen konnten. Nun sie ihre Felle schwimmen sehen, versuchen sie natürlich alles, um die deutsche Freiheitsbewegung im Keime zu ersticken und Deutschland wieder zu einem Dorado des französischen Machthitzels und des internationalen Parasitentums zu erniedrigen. Das allein war der Sinn der Greuelhetze. Darum ist es erfreulich, daß die deutsche Abwehraktion sofort an der richtigen Stelle angesetzt wurde und einen vollen Erfolg zu verzeichnen hatte. Daß der deutsche Abwehrkampf in anständigsten Formen durchgeführt wurde, muß auch die Auslandspresse anerkennen. Es sei nur der englische „Daily Mail" erwähnt, der schreibt: „Die Ordnung, Pünktlichkeit und Ruhe dieser Aktion haben auf den unbeteiligten Beobachter den tiefsten Eindruck gemacht. Der Boykott ist in einer Weise durchgeführt worden, die des deutschen Volkes würdig ist." Soll aber die Aktion a u f d i e D a u e r erfolgreich sein, dann müssen die internationalen Elemente vor allem auch aus der P r e s s e und dem B a n k - u n d B ö r s e n w e s e n ausgeschieden werden. Denn gerade h i e r wird das Gift gemischt, das unserem deutschen Volke seit den 70er Jahren so überaus gefährlich geworden ist. Und wenn heute eine bekannte Kirche des Berliner Westens nach Blättermeldungen von jüdischen Täuflingen überlaufen wird, so daß der Berliner Volksmund diese ehrwürdige Kirche bereits als „Taufhaus des Westens" bezeichnet, dann ist das Beweis genug, wie geschickt sich auch diesmal wieder das Judentum auf die neuen Verhältnisse umzustellen versucht. Daß natürlich auch das Kapitel des „weißen Juden" bei der weiteren Ausgestaltung unseres Wirtschafts- und Soziallebens nicht übersehen werden darf, ist wohl selbstverständlich.

Die nationale Revolution Deutschlands scheint nun auch an unserem Bruderlande Oesterreich nicht ganz spurlos vorüberzugehen. Vorläufig aber liegen die Verhältnisse dort noch reichlich unklar, so daß wir uns einer klaren Stellungnahme vorerst noch enthalten möchten. Während die Bundesregierung den sozialdemokratischen Schutzbund verbietet, erklärt der sozialdemokratische Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister Seitz den Wiener Heimatschutz für aufgelöst. Außerdem werden scharfe Polizeiaktionen gegen die Nationalsozialisten gefordert. Wie der Bundeskanzler Dollfuß des allgemeinen Wirrwarrs, der ja nun auch schon zu verschiedenen blutigen Zusammenstößen geführt hat, Herr werden will, wird sich in den nächsten Tagen entscheiden. Fast scheint es ja so als ob Dr. Dollfuß den Sinn des neuen deutschen Frühlings begriffen und sich endlich von seiner trostlosen Franzosenpolitik losgesagt hätte. Aber die politische Vergangenheit des Herrn Dr. Dollfuß ist zu sehr belastet, als daß uns die eine oder andere seiner neuesten Erklärungen von einer wirklichen Hinkehr zum großdeutschen Gedanken überzeugen könnte.

Inzwischen haben die englisch-russischen Beziehungen eine weitere Verschärfung erfahren. Der russische Außenminister hat sich ja bekanntlich ein Einmischen Englands in die Angelegenheit der in Moskau verhafteten englischen Ingenieure auf das schärfste verbeten. Nun trägt sich England mit dem Gedanken, ein Einfuhrverbot für sämtliche russischen Waren ergehen zu lassen, eine Maßnahme, die Moskau um so schwerer treffen würde, als sich Rußland zur Zeit ohnehin in einer bedrohlichen Wirtschaftskrise befindet. Für Deutschland kann es in diesem Konflikt natürlich nur strengste Neutralität geben. Wir haben vorerst genug mit uns selbst zu tun, um auch noch für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Inmitten der begeisterten Erneuerung Deutschlands ist ein außenpolitisches Ereignis fast völlig übersehen worden, dem die größte Bedeutung beizumessen ist: — der nunmehr auch faktisch vollzogene Austritt Japans aus dem Völkerbund. Irgendeine besonders ins Auge fallende politische Auswirkung wird der Schritt Japans vorerst wohl kaum zur Folge haben. Denn Japan hat ja auch schon bisher immer das getan, was es im Interesse seines ostasiatischen Imperialismus für richtig hielt. Dem brutalen Machtstreben Japans gegenüber aber hat der Völkerbund bekanntlich ebenso kläglich wie restlos versagt. Und das hat der „Völkerbund" jetzt zu büßen. Denn der Austritt Japans bedeutet nichts anderes als das Ende des sogenannten Völkerbundes. Wenn man sich nun zwar auch weiterhin in Genf krampfhaft bemühen wird, den Völkern einen Bund vorzutäuschen, der in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden ist, so ändert das an der Tatsache nichts; daß die japanische Moroe-Politik im Fernen Osten unaufhaltsam ihren Fortgang nimmt. Das heißt: Japan wird in verstärktem Maße den Fernen Osten als sein ureigenstes Interessengebiet erklären und sich in verschärfter Form jede Einmischung in dieses „sein" Interessengebiet zwischen Asien und der sogenannten „zivilisierten Welt verbitten. Damit ist dann der längst befürchtete Bruch vollzogen. Diese Entwicklung aber wird weniger von dem Einspruch Amerikas, Englands, Frankreichs usw., als von den weiteren Erfolgen abhängen, die Japan China gegenüber zu verzeichnen hat. Der Schatten Japans beginnt immer bedrohlicher Amerika in seinen Bann zu ziehen.

Vielleicht wissen spätere Geschichtsschreiber einmal zu berichten, daß das deutsche Auferstehen mitten in einem Wendepunkt der Weltgeschichte vollzogen wurde, den in seiner ganzen Größe zu erfassen uns heute noch der Abstand fehlt.

H.

Juda erklärt Deutschland den Krieg.

Juda hat Deutschland den Krieg erklärt. Wer ist Juda? Wo ist Juda? Juda ist nirgends. Wenn es den Juden wirklich ernst wäre, in Kanaan ein eigenes völkisches Leben zu beginnen, dann wäre es ihnen sicher längst gestattet worden, aber das ist nur die kleine Gruppe der Zionisten, die in religiöser Schwärmerei ihren Gottesstaat erhofft. Das Volk der Juden zieht das Leben in der Diaspora entschieden der Verpflichtung zur eigenen nationalen Staatsbildung vor. Das Land Juda ist ein Begriff, der der Geschichte angehört, in der Wirklichkeit suchen wir es vergebens. Ist darum die Kampfansage Judas an Deutschland ernst zu nehmen? Die Juden sind ein Volk, das sich bei den andern Völkern nun schon jahrhundertelang eingenistet und im Zeitalter des Liberalismus eine verhältnismäßig weitgehende Gastfreundschaft genossen hat. Im Marxismus hatte sich der Judaismus in der Tendenz zur Internationale und in dem Streben zur Weltverbrüderung die Gesellschaftsform geschaffen, die ihm überall ein volles Heimatrecht gewährte. Mit der Dämpfung des Marxismus und mit der beginnenden Abkehr der Völker vom Liberalismus hört dieses Entgegenkommen gegen Juda auf, um so mehr, da immer deutlicher wird, welche geradezu verhängnisvolle Rolle das Judentum in der Zeit des Kapitalismus gespielt hat. Das Judentum hat es verstanden, sich einen entscheidenden Einfluß auf die Weltfinanz zu erobern. Wenn man daran denkt, welche Bedeutung das Geld in unserer Zeit der auf die höchste Stufe der Arbeitsteilung gebrachten Wirtschaft als Tauschmittel hat, dann wird einem auch sofort klar, welchen Einfluß die Kapitalmacht auf die Geschicke der Völker haben kann, wenn sie in die Verfügungsgewalt heimatloser Menschen gelegt ist, die sich über alle Landesgrenzen hinweg bewußt gegenseitig in die Hand arbeiten. Wir sind besonders in der Nachkriegszeit immer wieder Zeugen dieses Kampfes mit den goldenen Kugeln gewesen, die bald hierhin, bald dorthin geworfen wurden, durch die Völker und Staaten in namenloses Elend kamen.

Wir wollen nicht sagen, daß die Juden allein die Verantwortung für alle Vorgänge auf dem Geldmarkt tragen, aber wenn wir die Geschlossenheit des Geschehens beobachten, dann können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß hier doch eine Gruppe von Menschen ohne Rücksicht auf das Volkswohl, nur nach eigenem Vorteil handelt. Eine spätere Zeit, in der man den heute noch verborgenen Fäden des politischen und wirtschaftlichen Zusammenhanges nachgegangen sein wird, wird auch volle Klarheit in dieser Frage bringen.

Soviel wird aber deutlich: man kann, wie es in den letzten Tagen geschehen ist, Juden und Zigeuner nicht über einen Kamm scheren. Wenn das Volk der Zigeuner uns den Krieg erklären wollte, dann würde das nur ein fröhliches Gelächter zur Folge haben. Die Kampfansage Judas ist eine ernste Angelegenheit, die nicht mit einer Handbewegung abgetan werden kann. Juda ist nirgends und überall, seine Waffen liegen nicht auf dem Gebiet der äußeren Gewalt, sondern in den Maßnahmen finanz- und handelspolitischer Art. Wie stark muß sein tatsächlicher Einfluß in der Welt sein, wenn es wagt, trotzdem es ein überall nur geduldeter Fremdkörper in den verschiedenen

Staat. Bibliothek S 839

Nationen ist, von einem Krieg gegen ein großes Volk, das seiner selbst bewußt geworden ist, zu reden.

Wir haben es aber auch nicht nötig, die Bedeutung einer solchen Bedrohung zu überschätzen. Juda soll es nicht vergessen, daß der Marxismus in der Welt im Zusammenbrechen begriffen ist, weil er nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis des Wirtschaftslebens seine Unbrauchbarkeit erwiesen hat, und daß die Weltanschauung sich immer weiter vom Liberalismus entfernt. Sodann hat der Weltkrieg in einem kaum zu überbietenden Maße zur Erweckung des nationalen Gedankens in der Welt geführt. Das sind alles Momente, die Juda nicht übersehen sollte, wenn es sich vor Schlimmerem bewahren will. Hinzu kommt, daß auch der Kapitalismus, der dem Judentum einen über seinen Volksbestand hinausgehenden Einfluß in der Welt zukommen ließ, sehr erschüttert ist. Er steht und fällt mit der Goldwährung. Sie ist die Achillesferse der bestehenden Wirtschaftsordnung. In der Praxis ist sie von uns und auch von den meisten anderen Ländern aufgegeben worden. Die Stabilität der Währung ist nicht von dem Vorhandensein des Goldbestandes der Notenbank abhängig das weiß man längst, sondern allein von den Währungsmaßnahmen selbst. Ebenso selbstverständlich ist es uns schon, daß die Geldverwaltung nicht mehr imstande ist, der moderen Wirtschaftsentwicklung zu folgen, und aus dieser Erkenntnis heraus ist die natürliche Wirtschaftsordnung erwachsen, die von der deutschen freiwirtschaftlichen Bewegung vertreten wird. Dieses aus intuitiver Schau gewonnene Werk des deutschen Kaufmanns Silvio Gesell garantiert nicht nur die Stabilität der Währung, sondern zugleich eine krisenlose Volkswirtschaft, die den Wettkampf in der Weltwirtschaft erfolgreich führen und die anderen Völker in kurzer Zeit auch zum Uebergang zur natürlichen Wirtschaftsordnung veranlassen wird. Die freiwirtschaftliche Bewegung ist gewillt, sich bedingungslos in den Dienst des Nationalsozialismus zu stellen. Sie verzichtet auf jede eigene Stellungnahme in weltanschaulichen Fragen und verlangt nur die Durchführung der von ihr zur Ueberwindung der Ausbeutung im Geldwesen und in der Bodenrente vorgeschlagenen Maßnahmen. In der Erkenntnis, daß sie mit ihren nackten Wirtschaftsfragen die Massen nicht gewinnen kann, hat sie sich seit Jahren in der Hauptsache darauf beschränkt, die denkenden Köpfe der Nation für ihre Ideen zu gewinnen. Sie ist heute imstande, alle für das Gelingen der Reform entscheidenden Stellen mit Persönlichkeiten zu besetzen, die nicht allein die Zusammenhänge des umzubauenden Systems kennen, sondern auch volle Einsicht in den zu verwirklichenden Plan besitzen. Sie drängt sich der Regierung nicht auf, nimmt aber das Recht für sich in Anspruch, die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung an ihrer eigenen wirtschaftlichen Zielsetzung zu messen. Sie hat sich auch in den vergangenen Jahren aus der Verpflichtung innerster Volksverbundenheit heraus immer wieder den Regierenden zu Dienstleistungen angeboten, ohne etwas anderes zu ernten als Nichtachtung, bezw. höhnische Abweisung. Von der nationalen Regierung erwartet sie die Beachtung, die eine im Sinne des Volkswohls liegende, nach Anerkennung ringende Idee erwarten darf.

Wenn die „Newyork Herald Tribune" sagt, daß die Neuyorker und Londoner führenden jüdischen Finanzleute die Lage in Deutschland im Falle des Boykotts „höchst unangenehm gestalten könnten", so dürfte das zutreffen, wenn die Regierung nicht auch auf dem Gebiete des Geld- u. Kreditwesens völlig neue Wege einzuschlagen beabsichtigt. Wenn der Staat zu einem lebendigen Volksorganismus und zur Schicksalsgemeinschaft werden soll, dann muß die soziale Frage nicht nur geistig, sondern vor allen Dingen auch wirtschaftlich gelöst sein. Das wird aber niemals geschehen können durch einen bloßen Befehl an den Willen der Nation, den wirtschaftlichen Egoismus zu bändigen, so unbedingt man auch von der Richtigkeit der Forderung: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" überzeugt ist. Denn „unter den teuflischen Einrichtungen, die die abendländische Zivilisation erfunden hat muß man auch den bescheidenen Druckstock und seine Presse rechnen. Sie haben keine Dächer abgedeckt und keine Schiffe versenkt, sie haben Schlimmeres gemacht. Sie haben eine heilige Sache gefälscht, ein Maß, das Maß der menschlichen Arbeit. Denn dies ist, abgesehen von den schändlichen und frivolen Diensten, die das Geld der Menschheit leistet, die hohe Aufgabe des Geldes, durch die es in gewisser Beziehung an der göttlichen Natur teil hat. Das Geld verderben, heißt uns selber verderben. Die Notenpresse hat das Maß der Arbeit verfälscht, und indem sie es fälscht, hat sie auch getötet, obwohl sie weder Frauen oder Kinder mordete wie Bomben oder Torpedo. Sie hat in den Menschen die Arbeitslust, die Vorausberechnung, die Sparsamkeit und die Tugend, sich mit dem Seinen zu bescheiden, getötet. Sie täuscht ‚verwirrt u. betrügt das ganze Menschengeschlecht mit neuen Tantalusqualen, mit dem Wunder eines Reichtums, der sich in dem Maße entfernt, in dem sich die Hand nach ihm ausstreckt. Sie täuscht die Menschen u. macht sie wild, indem sie, aufgeregt durch dieses verwünschte Spiel, wütend werden, bereit, sich an jemand zu rächen für ihre Entbehrungen, gleichgültig an wem und wie. Dieses Geld ist der Aussatz unserer Zeit. Bis wann wird er uns zerfressen, wen wir uns nicht beeilen, ihn zu vernichten. Als Sühne für das vergossene Blut sollte die Reinigung unseres Geldwesens erfolgen. Es ist nicht die Volkswirtschaftslehre, diese Wissenschaft ohne Herz, die das verlangt, sondern es ist die Wahrheit, das Recht und die Gerechtigkeit." So urteilt der Professor Guglielmo Ferrero von der Universität Turin über die sozialpolitische Lage der Menschheit in der Gegenwart. V. K.

Japan und das Südsee-Mandat

Der japanische Gouverneur der früheren deutschen Südsee-Inseln, deren Verwaltung Japan als Mandatar des Völkerbundes übertragen worden ist, hat soeben eine erste offizielle Erklärung über Japans Entschluß, die Inseln auch nach dem Austritt aus dem Völkerbunde zu behalten, abgegeben. In der Erklärung heißt es, die japanische Stellung habe sich durch den Austritt Japans aus dem Völkerbunde nicht geändert. Japan werde die Verwaltung der Inseln nach den bisherigen Grundsätzen weiterführen.

Es ist kaum anzunehmen, daß die übrigen Mächte den Standpunkt Japans ohne weiteres anerkennen werden. Zumindest Deutschland als früherer Besitzer der Südsee-Inseln hat das größte Interesse daran, daß die Rechtslage hinsichtlich das japanischen Mandats so rasch wie möglich geklärt wird. Die Austrittserklärung Japans aus dem Völkerbund rückt jedenfalls völkerrechtlich eine Reihe von juristischen Fragen in den Vordergrund, die für die Zukunft des Völkerbundes und besonders des Mandatssystems von einschneidender Bedeutung werden können. Zunächst sei auf Artikel 1, Absatz 3, der Völkerbundssatzungen verwiesen, der folgendes vorsieht: „Jedes Mitglied des Bundes kann mit einer zweijährigen Kündigung aus dem Bunde austreten, sofern es im Augenblick des Rücktritts alle seine internationalen Verpflichtungen mit Einschluß derjenigen, die sich aus den gegenwärtigen Satzungen ergeben, erfüllt hat." Danach wären politische Wirkungen praktisch erst nach Ablauf von zwei Jahren zu erwarten. Vorbereitende Maßnahmen müssen aber während der Kündigungsfrist getroffen werden.

Zeitungsberichten aus Tokio zufolge hat der japanische Außenminister Ushida den Standpunkt vertreten, die deutschen Inseln nördlich des Aequators infolge Besetzung im Jahre 1924 vorzeitig erobert zu haben. Darauf muß erwidert werden, daß sich Japan durch den Beitritt zum Völkerbund dessen Satzungen unterstellt hat. Artikel 20, Absatz 2, lautet aber: „Hat ein Mitglied vor seinem Eintritt in den Bund Verpflichtungen übernommen, die mit den Bestimmungen der Satzungen unvereinbar sind, so muß es sofort das erforderliche veranlassen, um sich von diesen Verpflichtungen zu befreien."

Auch der Mandatsbrief vom 17. Dezember 1920, der Japan zum Mandatar über die deutschen Südsee-Inseln einsetzt, erhärtet die vorerwähnte Ansicht. Artikel 7 des Briefes lautet: „Die Zustimmung des Völkerbundes ist notwendig, um die Bestimmungen des gegenwärtigen Mandats zu ändern. Der Mandatar ist damit einverstanden, daß jede Streitigkeit, welcher Natur sie auch immer sei, die sich zwischen ihm und einem anderen Mitglied des Völkerbundes bezüglich Auslegung oder Anwendungen der Bestimmungen des Mandats ergeben könnte und die nicht durch Verhandlungen geregelt werden könnten, den im Artikel 14 des Völkerbundspaktes vorgesehenen internationalen Gerichtshof unterbreitet wird." Angeblich hat das japanische Kabinett erklärt, in keinem Falle das Mandat an den Völkerbund zurückgeben zu wollen, wobei darauf hingewiesen wird, daß die Uebertragung des Südseemandats als „integrierender Bestandteil des Japanischen Reiches" die Inseln ein für allemal auch rechtlich zu japanischem Besitz gemacht habe. Dem steht Artikel 2 des Mandatsbriefes entgegen, der sagt: „Das Gebiet soll verwaltet werden gemäß der Gesetzgebung des Mandatars als integrierender Teil des Kaiserreichs Japan. Der Mandatar ist folglich ermächtigt, auf die Mandatsgebiete die Gesetzgebung des Kaiserreichs Japan, den örtlichen Verhältnissen angepaßt, anzuwenden." Aus der Folgerung des Artikels 2 geht deutlich hervor, daß es sich lediglich um Verwaltungsmaßnahmen handeln kann, wie auch der Begriff „integrierender Bestandteil" mit einer Verschmelzung nicht in Einklang gebracht werden kann.

Es ist schließlich noch die Frage zu prüfen, ob ein Mandatar Mitglied des Völkerbundes sein muß oder nicht. Die Ansichten darüber sind im Auslande geteilt. Besonderes Interesse verdient die letzte Nummer des vierteljährlich erscheinenden „American Journal of International Law", in dem Dr. Evans folgendes ausführt: Artikel 22 der Völkerbundssatzungen enthält keinen Hinweis, daß eine Mandatsmacht dem Völkerbund notwendigerweise angehören müsse. Allerdings mache Artikel 22 Rückschlüsse möglich, weil eine Mandatsmacht den anderen Mitgliedern des Völkerbundes gleiche Handelsrechte (z. B. in den B-Gebieten) zugestehe. Die Worte „den anderen Mitgliedern" könnten überwirkend aufgefaßt werden. Wahrscheinlich wären damit aber nur „Vorrechte" für die Mitglieder gemeint. Es scheint also, so folgert er, daß der Austritt Japans aus dem Völkerbund mit dem Rechtsanspruch auf sein Mandatsgebiet nichts zu tun habe. Erst Verstöße gegen die mit dem Mandat verbundenen Verpflichtungen berechtigten zum Einschreiten. Dagegen vertritt Mr. Stoyanowsky, ein führender Fachmann auf dem Gebiete der Mandatsfragen, den Standpunkt, daß Geist und Sinn der Völkerbundssatzungen die Mitgliedschaft für eine Mandatsmacht voraussetze.

Schon diese kurzen Feststellungen ergeben, daß eine Klarstellung der vielseitigen Rechtsfragen unbedingt erforderlich ist. Deutschland hat das Recht und die Pflicht, seine Ansprüche geltend zu machen und auf baldige Entscheidung zu dringen. Der Ständige Ausschuß der kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft handelt im Sinne des ganzen Volkes, wenn er gegen die japanischen Absichten schärfsten Einspruch erhebt. Die Uebertragung von Mandaten beruht ausschließlich auf der Völkerbundssatzung in Verbindung mit dem Versailler Vertrag, von dem sie einen Bestandteil bildet. Irgendwelche vorherigen Geheim-Abmachungen, die nach amtlichen Erklärungen der japanischen Regierung während des Krieges geschlossen worden sind, zu einer Zeit, als der Völkerbund nicht bestand, haben daneben keine Gültigkeit. Würde Japan seinen Willen unangefochten durchsetzen, so würden dadurch die Grundlagen des gesamten Mandatssystems bezüglich der deutschen Kolonien erschüttert. Eine Neuregelung würde damit unabweisbar. In jedem Falle wird die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft fordern, daß die Neuregelung erfolgt auf der vertragsmäßig festgelegten Friedensgrundlage der 14 Punkte Wilsons, von denen Punkt 5 eine „freie weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche" vorsah und daß dabei dem deutschen Rechtsanspruch und den deutschen Lebensnotwendigkeiten Genüge geschieht. Deutschland ist nicht gewillt, irgend etwas von seinen kolonialen Ansprüchen aufzugeben.

Adolf Hitler im Felde.

(Fortsetzung.)

„Ein weiteres Erlebnis zeigt uns, wie Adolf Hitler ohne jede Aufregung blieb mitten in größter Gefahr. Am 2. 5. 1915 stand ich mit Adolf Hitle im Hof des Regimentsstabes Fromelles u. erwartete einen Auftrag nach Wavrin. Ununterbrochen krepierten die feindlichen Geschosse über uns. Der Posten am Marktplatz drückte sich schutzsuchend an das dortstehende Kreuz, wahrscheinlich glaubte er auch an das Wunder, daß ihm hier nichts passieren würde. Es war auch ein sonderbares Bild, sämtliche Häuser um das Kruzifix herum waren aus dem Erdboden herausgeschossen, nur die Gestalt des Erlösers ist unversehrt geblieben.

Adolf Hitler putzte eben im Hofe seinen Rock aus, als eine schwere Granate hinter dem Haus einschlug. Wir waren auf Momente stumm vor Schreck. Leichenblaß stand Wimmer neben mir, und aus dem Kellergewölbe, welches dem Stab als Unterstand diente, kam Oberst Betz gelaufen mit dem Adjutanten, um zu fragen, wo es eingeschlagen hätte. Wir waren nicht imstande, dem Oberst Antwort zu geben, nur Hitler, der jetzt an seiner schmutzigen Hose herumbürstete, drehte sich mit großer Gelassenheit um, als wenn ihn die Schießerei nichts anginge.

Die Sanitäter und Meldegänger drückten sich in den Unterstand von Oberst Betz, auch ich hätte gern Schutz gesucht, mußte aber mit meinem Pferde beim Eingang des Gewölbes bleiben. Allen stak der Schreck noch in den Gliedern, nur Hitler war nicht unter ihnen. Einer fragte, wo ist denn der Adolf? „Der schaut sich in Fromelles um bessere Stiefel um, vielleicht hat er einen Kübel Kunsthonig gefunden, dann bleibt er gleich daneben sitzen." Allgemeines Gelächter. Ein anderer meinte, wenn man ihm noch einen Stalleimer voll Tee dazu hinstellt, dann bringt man ihn bis morgen nicht davon weg. Aber es könne möglich sein, daß man von Kunsthonig und Tee Courage bekomme, da Hitler trotz der Beschießung sich gute Fußbekleidung suche, während wir uns lieber im Erdboden verkriechen würden. Da hatte ich den wunden Punkt erfaßt, und sie hörten das Foppen auf. Schlag auf Schlag erfolgte, und jede Minute erwarteten wir einen Volltreffer in unseren Unterstand. Oberst Betz ließ mich nicht mehr länger warten, er schickte mich nach Fournes zurück, abends sollte ich mich bei ihm wieder melden. Beim Wegreiten kam mir Hitler entgegen. Er hatte tatsächlich ein Paar Schuhe in der Hand und kam mit einer Seelenruhe daher, als wenn er sie vom Jahrmarkt brächte." (M. S. 102).

Ein anderes Mal, als der Gegner in den deutschen Graben eingedrungen war und furchtbares Trommelfeuer auf den Gräben und Zugangswegen lag, hatte Adolf Hitler sich wieder ausgezeichnet bewährt, wie Mend schildert.

„Adolf Hitler traf beim Stabe ein. Schon mehrere Male hatte er an diesem Tage im Trommelfeuer den Weg von Fromelles zum Kampfgebiet durchschritten. In kurz gefaßten Worten erstattete er Bericht. Die 10. Kompagnie sei noch eingeschlossen, aber Leutnant Bachschneider halte sich mit ihr immer noch. Die Engländer, welche morgens in unsere Gräben eingedrungen seien, ständen in erbittertem Nahkampf mit unseren Leuten. Es sollen jedoch nachmittags Pioniere zur Unterstützung eingesetzt werden. Um jeden Granattrichter werde erbittert gekämpft. Den Engländern sei durch unser Sperrfeuer jede Hilfe abgeschnitten. Viele hingen in den elektrisch geladenen Drahtverhauen und schrien entsetzlich. Mit dem Gewehr in der Hand, am Leibriemen noch einige Handgranaten, entfernte sich Hitler von uns. Ich stand beim Regimentsschreiber, der einige Tage später am selben Platze gefallen ist. Da wir beide Hitler als einen Menschen kannten, der niemals übertrieb und bei derartigen Situationen sich sehr vorsichtig ausdrückte, nahmen wir an, daß ein blutiger Kampf geführt wurde. Uns beiden ist sein schlechtes Aussehen aufgefallen, er mußte viel Grausames gesehen und selbst viel mitgemacht haben: der Ausdruck der Augen in seinem mageren gelblichen Gesichte sagte uns genug." (Mend, S. 109).

„Und immer war er zu schwerem Dienst bereit. Ich habe es öfter erlebt, daß die Meldegänger sich nicht einig waren, wer an der Reihe sei, wenn von der Regimentskanzlei einer gerufen wurde. Meistens noch, wenn das Haus von den schweren Einschlägen zitterte, wäre am liebsten keiner aufgestanden.

Da war es Adolf Hitler, der unaufgefordert sich heimlich entfernte und die Meldung überbrachte. Bis sich die anderen dann geeinigt hatten, war Adolf Hitler schon mit dem Auftrag weg, worüber sie sich nicht wenig freuten. Wiederholt habe ich den anderen Meldegängern zu verstehen gegeben, daß es unkameradschaftlich sei, immer nur einen mit der Meldung laufen zu lassen. Sie gaben mir zur Antwort: „Wenn der Hitler so dumm ist, wir sind es nicht."

Sobald es vorne scharf zuging, benahm sich Hitler wie ein Rennpferd vor dem Start, er hatte dann die Gewohnheit, ruhelos umherzuwandern, umzuschnallen und sich zurecht zu machen. Das ging den anderen oft auf die Nerven, noch dazu, wenn sie gerade gemütlich im Quartier saßen und froh waren, nicht gerufen zu werden."

In der Schlacht bei Fromelles am 19. und 20. Juli 1915 hatte Adolf Hitler wieder Proben seiner Tapferkeit gezeigt. Mend erzählt:

„Obwohl ich während der Schlacht nicht beim Regiment List, sondern bei einer in dessen nächster Nähe kämpfenden Formation im Gefecht stand, und alle grauenhaften Kampfmomente miterlebte, wurde mir x-mal bestätigt, daß Hitler, wie man es von ihm gewöhnt war, wieder in dem Tod und Verderben bringenden Minenfeuer und mit

„Akron" im Ozean versunken

Neuyork, 5. April.

Die Marine der Vereinigten Staaten ist von einem harten Schicksalsschlag getroffen worden. Das Marineluftschiff „Akron", das annähernd doppelt so groß ist wie der „Graf Zeppelin", ist auf einer Uebungsfahrt nach Neu-England etwa 105 Kilometer südlich von Neuyork ins Meer gestürzt. An Bord befanden sich 19 Offiziere, 57 Mann und 4 Gäste, unter ihnen Admiral Moffet, der amerikanische Sachverständige auf der Londoner Flottenkonferenz von 1930. Vier Mann der Besatzung wurden von dem deutschen Tankschiff „Phöbus" gerettet. Alle übrigen dürften im Meer den Tod gefunden haben.

Als erstes Schiff erreichte das deutsche Tankschiff „Phöbus" die Unglücksstelle, wie überhaupt nur das deutsche Schiff Hilfe geleistet hat. Alle übrigen von den amerikanischen Marinebehörden entsandten Fahrzeuge sind zu spät gekommen. Das deutsche Schiff sichtete das Luftschiff in schwerer Seenot auf dem Meere treibend beim Barnegat-Leuchtturm und sandte danach folgenden Funkspruch aus:

Kurz nach Mitternacht sahen wir die Lichter des Lenkluftschiffes schimmern, als wir Kurs von Neuyork auf Tampico nahmen. Einige Minuten später wurden die Lichter auf dem Ozean gesichtet. Wir entschlossen uns, an den Ort heranzufahren. Gleich darauf hörten wir Schreie, die aus den Fluten zu uns emporDrangen. Wir ließen Boote auf das Meer hinab, das in diesem Augenblick ein Gewittersturm aufwühlte. Trotzdem konnten wir drei Mann an Bord nehmen.

Insgesamt hat das deutsche Schiff, wie bereits oben erwähnt, vier Mann gerettet, nämlich den Kapitänleutnant Wiley und drei Matrosen. Wie ein weiterer Funkspruch der „Phöbus" mitteilte, hatten die Geretteten stark unter den Folgen der seelischen Erschütterung und des langen Verbleibens im Wasser zu leiden.

Einer der Geretteten gestorben

Einer der Geretteten, der Telegraphist der „Akron", Copeland, ist inzwischen an Bord der „Phöbus" trotz aller Bemühungen gestorben.

Zu erwähnen ist noch, daß sämtliche Funksprüche von dem deutschen Tankschiff ausgegangen sind, während das Luftschiff selbst, obwohl es mit besten Apparaten ausgestattet war, keine Hilferufe ausgesandt hat. Der letzte Funkspruch der „Akron" stammt von 1.30 Uhr MEZ. Die Position war um diese Zeit nördlich von Neuyork vor der Küste von Neu-England. Dann setzten die Funksprüche aus.

Das Luftschiff muß dann, wie man annimmt, in einen Sturm geraten und nach Süden abgetrieben worden sein; denn die Unglücksstelle befindet sich mehrere hundert Kilometer südlich des zuletzt angegebenen Standortes. Offenbar ist das Luftschiff während des Sturmes dann vom Blitz getroffen worden.

Das Wrack gesunken

Nach der Ankunft der von den Marinebehörden entsandten Schiffe teilte Kreuzer „Portland" durch Funkspruch mit, er habe an der Unglücksstelle das Wrack des Luftschiffes nicht mehr sichten können. Ebenso hätten auch die Küstenwachtkutter „Tucker", „Mojave" und „Macdougal" von dem Marineluftschiff nichts mehr auffinden und dementsprechend auch keine Hilfe leisten können.

Die von dem deutschen Tankdampfer geretteten Personen wurden später von dem Küstenkutter „Tucker" übernommen; Kreuzer „Portland" hat inzwischen noch die Leiche eines Funkoffiziers geborgen.

Eckener über die Katastrophe

Berlin, 5. April.

Ueber die Katastrophe des amerikanischen Luftschiffes befragt, erklärte Dr. Eckener, Kapitänleutnant Wiley sei ein erfahrener Luftschiffkapitän, der bereits Zehntausende von Seemeilen zurückgelegt habe. Das Gewitter allein sei für die Katastrophe nicht verantwortlich zu machen, da es ja oft genug vorkomme, daß Luftschiffe vor dem Sturm kreuzen müssen. Man müsse also genauere Nachrichten abwarten. Auch die Mitteilung, daß das Schiff in einen „elektrischen Strom" geraten sei, lasse vorläufig keinerlei Rückschlüsse zu.

Kapitänleutnant Flemming legte dar, daß auch ein Motorschaden als Ursache des Unglücks ausscheide, da schließlich alle fünf Motore doch nicht auf einmal aussetzten. Viel eher bestehe die Wahrscheinlichkeit, daß am Höhen- oder Seitensteuer irgend etwas nicht in Ordnung war.

Inzwischen läuft noch aus Washington eine Meldung ein, nach der Kapitänleutnant Wiley dem Marineministerium durch Funkspruch mitgeteilt hat, das Marineluftschiff „Akron" habe im Augenblick des Absturzes Feuer gefangen.

*

Die Katastrophe, in der das größte Luftschiff der Welt vernichtet worden ist, ruft die Erinnerung wach an ein anderes Unglück, das sich im Jahre 1925 in den Vereinigten Staaten ereignete. Damals verunglückte in Ohio das amerikanische Luftschiff „Shenandoah" in einem Gewittersturm. Fünfzehn Mann der Besatzung, unter ihnen der Kapitän, fanden dabei den Tod. In aller Erinnerung ist auch noch das furchtbare Unglück, dem im Jahre 1930 das englische Luftschiff „R. 101" auf der Fahrt von England nach Indien zum Opfer fiel. Es wurde bei Beauvais, nördlich von Paris, durch stark böigen Wind zu Boden gedrückt und verbrannte. Bei diesem Unglück büßten 47 Personen, unter ihnen der englische Luftfahrtminister und die beiden Kommandanten des Luftschiffes, das Leben ein. Nur drei Mann der Besatzung wurden gerettet.

Die „Akron" selbst, von deren Fahrten man recht wenig gehört hat, ist in den vergangenen Jahren schon mehrfach vom Unglück verfolgt worden. So wurde das Luftschiff im Februar 1931, als es zu einer längeren Fahrt aufsteigen sollte, von einer Bö ergriffen, die das Steuer abbrach und ein großes Loch in die Hülle riß. Ein zweiter Unglücksfall ereignete sich drei Monate später. Bei dem Versuch einer Landung wurde die „Akron" durch eine plötzlich auftretende Bö wieder in die Höhe getrieben. Zwei Soldaten der Landungsmannschaft, die die Haltetaue nicht rechtzeitig losgelassen hatten, wurden mit emporgerissen, stürzten aus etwa 20 Meter Höhe zu Boden und wurden getötet.

*

„Akron"-Suche eingestellt

New York, 5. April.

Die Hilfsaktion für das verunglückte Luftschiff „Akron" hat keine weiteren Ergebnis gezeitigt und ist abgebrochen worden.

In Fachkreisen hatte man der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß die „Akron" keine Notsignale gab. Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Küstenwachtstation Asburypark (New Jersey) doch im Laufe der Nacht von der „Akron" SOS.-Rufe empfangen; jedoch habe, wie es heißt, die Station sich nicht weiter mit der „Akron" in Verbindung setzen können, da starke atmosphärische Störungen vorhanden gewesen wären.

*

Ein zweites amerikanisches Luftschiff abgestürzt.

— Neuyork, 4. April. Das amerikanische Kleinluftschiff „J. 3" stürzte auf der Suche nach den Ueberlebenden des Luftschiffes „Aeron" in der Nähe der Bonds Küstenwachtstation ins Meer ab. Küstenflugzeuge und Küstenwachtschiffe eilten dem ebenfalls verunglückten Kleinluftschiff zu Hilfe. Man spricht von 5 Toten. Einzelheiten darüber fehlen noch. Es wir versucht, das Gas auszulassen und das Luftschiff ins Schlepptau zu nehmen.

Beileid Deutschlands

Berlin, 5. April.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Roosevelt, das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Tief erschüttert durch die Nachricht von dem schweren Unglück, das das Luftschiff „Akron" betroffen und so viele Opfer an blühenden Menschenleben gefordert hat, spreche ich Euer Exzellenz„ dem amerikanischen Volke und den Hinterbliebenen der tapferen Besatzung auch im Namen des deutschen Volkes wärmste Anteilnahme aus."

Weitere Beileidstelegramme sandten Reichskanzler Hitler und Reichskommissar für die Luftfahrt, Göring.

Auch französisches Luftschiff verunglückt

Paris, 5. April.

Das Marineluftschiff „E 9", das in Rochefort stationiert ist, mußte infolge einer Panne bei Fort Nazaire auf freiem Felde notlanden. Ein Kadett wurde verletzt. Das Luftschiff ist stark beschädigt.

Abwehr-Boykott beendigt

Keine Wiederaufnahme am Mittwoch. — Zentralstelle für Rassenfragen?

Berlin, 5. April.

Die Reichsregierung hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Abwehrboykott gegen die deutschfeindliche Hetze seine Wirkung im Ausland nicht verfehlt hat. Abgesehen von kleineren Ueberbleibseln der Greuelhetze gegen Deutschland ist im übrigen die Hetze vollkommen abgestellt worden. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß es keinen Zweck hat, gegen diese Ueberbleibsel im Wege des Boykotts weiter vorzugehen, zumal es sich hier um eine Hetze handelt, die ihren Ursprung bei den Kommunisten hat. Der deutsche Abwehrboykott wird also am heutigen Mittwoch nicht wieder aufgenommen, da er überflüssig geworden ist. Die Reichsregierung betont jedoch, daß die Abwehrorganisation der Nationalsozialistischen Partei noch aufrechterhalten bleibe, so daß für den Fall eines Wiederauflebens der Hetze der Abwehrkampf jederzeit wieder einsetzen könne.

In München tagte das Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze und nahm einen Bericht seines Vorsitzenden, des Reichstagsabgeordneten Julius Streicher, über den Verlauf der deutschen Abwehr entgegen. Im deutschen Abwehrkampf, so betonte Julius Streicher, sei besonders erfreulich gewesen die eiserne Disziplin, mit der der Abwehrkampf in allen Teilen des Reiches durchgeführt wurde und die auch vom Auslande bereitwilligst anerkannt wurde. Aber noch sei die Gefahr, die Deutschland bedrohe, nicht gebannt. Es gelte jetzt, die erstürmte Stellung auszubauen.

Die Judenfrage sei die ernsteste Frage, die von einem Volk zu lösen sei. Selbstverständlich werde von allen verantwortlichen Stellen weiter an der Aufklärung des deutschen Volkes gearbeitet, und vielleicht würde bereits in allernächster Zeit eine Zentralstelle für Rassenfragen geschaffen. An alle deutschen Geschäfte würden in allernächster Zeit Schilder ausgegeben, die sie als solche kennzeichnen.

Reichstagsabgeordneter Streicher sprach dann allen Mitgliedern des Komitees seinen Dank für ihre Arbeit aus.

Amtsenthaltung jüdischer Notare

Anweisungen an die preußischen Justizbehörden.

Der Reichskommissar für das preußische Justizministerium Kerrl, hat an sämtliche preußischen Oberlandesgerichtspräsidenten und Landgerichtspräsidenten die nachfolgende Verfügung gerichtet:

„Aus den in meinem Erlaß vom 31. März angegebenen Gründen muß damit gerechnet werden, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ernstlicher Gefahr ausgesetzt ist, wenn Deutsche sich im Rechtsverkehr weiterhin Urkunden entgegenhalten lassen müssen, die von jüdischen Notaren aufgenommen oder beglaubigt worden sind.

Mit Rücksicht hierauf ersuche ich, den jüdischen Notaren in ihrem eigenen Interesse dringend zu empfehlen, sich bis auf weiteres der Ausübung ihres Amtes zu enthalten. Dabei sind die Notare darauf hinzuweisen, daß sie im Falle ihrer Weigerung sich mit Rücksicht auf die erregte Volksstimmung erheblichen Gefahren aussetzen. Die Notare sind anzuweisen, dem zuständigen Landgerichtspräsidenten umgehend anzuzeigen, daß sie sich bis zu einer anderweiten Regelung der Verhältnisse der Notare der Ausübung ihres Amtes enthalten werden. Von der Verpflichtung zur Amtsausübung werden die in Betracht kommenden Notare hierdurch entbunden."

Ausrottung der Korruption

Bildung eines Sonderdezernats in Preußen.

Der Reichskommissar für das preußische Justizministerium, Kerrl, hat durch Erlaß angeordnet, daß im preußischen Justizministerium ein Sonderreferat zur Bekämpfung der Korruption in Staat Wirtschaft und Hochfinanz gebildet wird. Die Aufgabe dieses Referates besteht darin, die Bekämpfung der Korruption zu zentralisieren, sie mit größter Beschleunigung, schärfstem Nachdruck und unerbittlicher Strenge durchzuführen.

Ferner soll bei jeder Staatsanwaltschaft ein geeigneter Staatsanwalt zur Bearbeitung der Korruptionssachen bestellt werden. Die Betrauung der Staatsanwälte, die für dieses Sonderdezernat von ihren Behörden vorgeschlagen werden, behält sich der Reichskommissar persönlich vor.

Am Schlusse des Erlasses heißt es: „Ich erwarte angesichts der außerordentlichen Bedeutung dieser Aufgabe

rücksichtslose Bekämpfung aller Volksschädlinge im Staate, den Kommunalverbänden, Gemeinden, der Wirtschaft und Hochfinanz.

Ich weise darauf hin, daß es mit Recht im Volke nicht verstanden wird, wenn Personen, die volksschädigender Handlungen verdächtig sind, von der Untersuchungshaft gegen Stellung einer Kaution verschont bleiben.

Grundsätzlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß Volksschädlinge, auch wenn sie eine hohe Kaution anbieten, nur einen kleinen Teil des durch ihre schädigenden Handlungen erworbenen Vermögens in die Hand des Staates geben und daher solche Kautionen den Fluchtverdacht auszuschließen nicht geeignet sind. Die Zeit, da das Volk davon sprach, die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen, muß vorbei sein."

---

den von Toten und Verstümmelten angehäuften und beschossenen Schützengräben, als Gefechtsordonnanz, sein Leben nicht schonend, in vorbildlicher Tapferkeit seine Pflicht erfüllte. Ich bin von Hitler vollständig unabhängig und habe absolut kein Interesse daran, ihn als Helden zu feiern. Aber es ist eine gehässige Taktik seiner politischen Gegner, wenn sie in ihrer Presse ihn als den Gefreiten des Regimentsstabes hinstellen, der nicht einmal die Befähigung zum Gruppenführer gehabt haben soll. Ich möchte zu diesem Artikel, den ich in einem sozialdemokratischen Blatt gelesen habe, bemerken, daß der Schreiber dieser Zeilen über Adolf Hitlers Tätigkeit im Felde schlecht orientiert war. Mancher Gruppenführer hätte sich den Anforderungen, welche von Adolf Hitler als Gefechts- und Verbindungsordonnanz verlangt wurden, nicht gewachsen gefühlt. Mir ist heute oft die Gelegenheit geboten, mit früheren Regimentskameraden zusammenzukommen, welche eben mit Adolf Hitler beim Regiment List im Felde standen. Obgleich ihre politische Anschauung von Hitlers Bewegung sich trennt, verabscheuen sie die gehässige Form, in welcher versucht wird, Adolf Hitler als Frontsoldaten herabzuwürdigen. Jeder, der ihn im Felde kannte, muß zugeben, daß er ein Muster von einem Frontkämpfer war. Es ist zu bedauern, daß es noch Deutsche gibt, die den Frontsoldaten lieber als Verbrecher sehen, als ihn als Helden feiern." (Mend, S. 185).

„Einige Tage nach der Schlacht vom 20. Juli hatte ich in Santes ein Zusammentreffen mit einem Listler, der mir erzählte, daß Hitler während des tagelang anhaltenden Trommelfeuers, bei welchem sämtliche Telefonverbindungen zerstört wurden, sich als Gefechtsordonnanz äußerst unerschrocken und tapfer gehalten und dem Regiment unendlich viel geleistet habe. Gefechtsordonnanz L. erzählte mir, als am 19. Juli Sturmtrupps einer australischen Division von der englischen Heeresleitung als erste zur Erstürmung unserer Stellung vorgeschickt wurden, Adolf Hitler jede ihrer Bewegungen mit der größen Ruhe beobachtete und so der Führung wichtiges Material überbringen konnte. Es ist die Sache des Regiments gewesen, warum er nicht Gruppenführer werden sollte. Der Regimentsstab wollte Adolf Hitler unter keinen Umständen wegen seiner Tapferkeit und Zuverlässigkeit als Gefechtsordonnanz verlieren (M. S. 185). Diese Auffassung wird bestätigt durch den erwähnten Hamburger Prozeß. Dort versicherte Leutnant Horn, der früher Ordonnanzoffizier und Vorgesetzter von Adolf Hitler war, unter Eides Statt:

„Wäre Adolf Hitler zum Unteroffizier befördert worden, so hätte er nicht mehr Gefechtsordonnanz bleiben können und das Regiment hätte seinen besten Gefechtsläufer verloren!"

Auch die übrigen eidesstattlichen Versicherungen verschiedener Regimentskommandeure und anderer Offiziere, aber auch von Unteroffizieren und Mannschaften sind voll des Lobes über den Schneid und die stets vorhandene Umsicht und Geistesgegenwart Adolf Hitlers, die ihn besonders geeignet machten zu Patrouillen und zur Führung von Meldestafetten in feuerbedecktem Gelände.

Sogar ein Sozialdemokrat, der mit Adolf Hitler an der Front gewesen, mußte ihm vor Gericht folgendes Qualitätszeugnis ausstellen:

„Ich kenne Hitler seit dem Ausmarsch des Regiments Nr. 16 und war mit ihm in der Bellehem-Ferme, Mitte November 1914, gleichfalls als Gefechtsordonnanz. Ich habe Hitler als guten und tadellosen Kameraden kennengelernt. Ich habe nie beobachtet, daß Hitler sich irgendwo vom Dienst gedrückt oder der Gefahr entzogen habe. Ich war erstaunt, später in Zeitungen Ungünstiges über die Leistungen Hitlers als Soldat zu lesen. Ich stehe Hitler vollständig politisch fern und gebe dieses Urteil nur ab, weil ich Hitler als Kriegskameraden hochschätze."

Schluß folgt.

Bäuerliche Einigung

„Reichsführergemeinschaft" unter Vorsitz Darrés gebildet. — Reichskanzler Hitler Schirmherr.

Berlin, 5. April.

Auf Einladung des Präsidiums des Reichslandbundes traten im Landbundhause zu Berlin die Leitung des agrarpolitischen Apparates der NSDAP. sowie der nationalsozialistischen Bauernschaften, die Spitzenvertretung der Vereinigung der christlichen deutschen Bauernvereine und anderer Bauernverbände und das Präsidium des Reichslandbundes zu einer Sitzung zusammen, um eine Einigung des deutschen Bauernstandes herbeizuführen.

Auf Vorschlag des geschäftsführenden Präsidenten des Reichslandbundes, Graf von Kalckreuth, wurde einstimmig beschlossen, sofort eine Gemeinschaft zur Schaffung einer einheitlichen Standesvertretung des gesamten deutschen Bauerntums zu bilden. Die Durchführung der organisatorischen Regelung müsse spätestens zum 1. Januar 1934 abgeschlossen sein.

Darauf wurde die „Reichsführergemeinschaft" des deutschen Bauernstandes gebildet, die sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammensetzt: den Präsidenten des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, Lind, Willikens, Meinberg; den Vertretern des agrarpolitischen Apparates der NSDAP. und der diesem angegliederten nationalsozialistischen Bauernschaften Darré, Luber, Backe, Deininger, den Spitzenvertretern der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, Freiherr von Lüninck-Kobienz, Schill, Hundhammer, Stewes.

Der Leiter des agrarpolitischen Apparates der NSDAP. Dr. Walter Darré, wurde einstimmig gebeten, den Vorsitz der „Reichsführergemeinschaft" zu übernehmen.

Auf Antrag des Grafen Kalckreuth wurde beschlossen, aus der besonderen Verbundenheit des deutschen Bauerntums mit dem Führer des neuen Deutschland, Adolf Hitler, diesen zu bitten, „der Schirmherr der Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauernstandes" zu sein und dadurch dem Einigungswerk seinen besonderen Schutz zu verleihen. Der große Einigungsgedanke des gesamten Berufsstandes soll durch die unmittelbare und eindeutige Verknüpfung mit der Person des Staatsführers klar und offen aus den Niederungen des überwundenen Parteidenkens herausgehoben werden.

Die Federführung der „Reichsführergemeinschaft" wurde in die Hände von Graf Kalckreuth gelegt.

Weiterhin wurde beschlossen, daß die in der Reichsführergemeinschaft zusammengeschlossenen Führer in ihren Verbänden und Bereichen das Erforderliche veranlassen, um örtliche Führergemeinschaften in entsprechender Zusammensetzung in den Ländern und Provinzen zur Durchführung der Absichten der Reichsführergemeinschaft baldigst zu bilden.

Mit denjenigen wirtschaftspolitischen landwirtschaftlichen Organisationen, die nicht in der Reichsführergemeinschaft vertreten sind, wurde zunächst nicht in engere Verhandlungen eingetreten. Die Reichsführergemeinschaft hat aber ihren Vorsitzenden gebeten, das Gebotene zu unternehmen, um auch den Bauern der noch außenstehenden Organisationen den Weg zum Eintritt in die freie, große, alle Angehörigen des Berufsstandes vertretende Gesamtkörperschaft des deutschen Bauernstandes freizumachen.

Landbundvertreter beim Reichskanzler

Reichskanzler Adolf Hitler empfing das Präsidium des Reichslandbundes und zwar die Präsidenten: Graf Kalckreuth, Lind, Willikens, Meinberg, und die Direktoren Kriegsheim, von Sybel, Dr. Siburg, Boese und den Chef der Präsidialabteilung, Regierungsrat a. D. Dr. Wenzel.

Verfahren gegen Esser

Haftbefehl gegen den Präsidenten der Kölner Handwerkskammer, Welter, und gegen Syndikus Engel.

Köln, 5. April.

Der Regierungspräsident in Köln übergibt der Presse eine Mitteilung, in der es u. a. heißt: „Bei der Prüfung der Geschäftsführung der Handwerkskammer in Köln ergab sich bei flüchtiger Durchsicht ein Defizit von ca. 1,5 Millionen Mark. Die Feststellungen des Vertrauensmannes der Regierung und eines Sachverständigen gaben Veranlassung zu einer Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen Syndikus Dr. Engels, den Vorsitzenden der Handwerkskammer, Welter, und gegen den Direktor der Gewerbebank in Euskirchen, Thomas Esser in seiner Eigenschaft als ersten Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Wirtschaftsstelle und früheres Vorstandsmitglied der Handwerkskammer.

Die Staatsanwaltschaft beauftragte die Kölner Kriminalpolizei mit weiteren Erhebungen in Zusammenarbeit mit dem bisherigen Untersuchungsausschuß bei der Handwerkskammer.

Die Untersuchungen haben zunächst ergeben, daß das Defizit im Verkehr mit verschiedenen Geldinstituten entstanden ist, in denen jeweils der eine oder der andere der drei vorerwähnten Beschuldigten im Vorstand, im Aufsichtsrat oder als Geschäftsführer eine maßgebende Stelle innehatte. Es wurde festgestellt, daß eine Reihe von Verlustgeschäften weder verbucht, noch der Generalversammlung vorgelegt und seitens des Aufsichtsrats ohne Nachprüfung genehmigt worden ist. Einige der Geschäfte sind mit Billigung und teilweise unter Beteiligung oder sogar auf Veranlassung des ersten Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Esser, getätigt worden.

Soweit die Beschuldigten Welter und Dr. Engels in Frage kommen, hat das bisherige Ermittlungsergebnis den dringenden Verdacht der Untreue und des Betruges so sehr verstärkt, daß ihre Vorführung zwecks Erlasses eines richterlichen Haftbefehls angeordnet worden ist.

Bei Direktor Esser waren die Voraussetzungen für eine weitere Inhaftbehaltung nach Festnahme der anderen beiden Beschuldigten und nach Sicherstellung des belastenden Materials nicht mehr gegeben. Er wurde deshalb nach Abschluß der vorläufigen Vernehmungen auf freien Fuß gesetzt.

Das Ermittlungsverfahren wird jedoch auch gegen ihn fortgeführt. Alle drei Beschuldigten bestreiten zwar bis jetzt, strafbare Handlungen begangen zu haben, mußten jedoch schon zugeben, in vielen Fällen unkorrekt gehandelt zu haben."

Thomas Esser gehört bekanntlich dem Reichstagspräsidium als Vizepräsident an.

Verschiedenes.

Numerus clausus an allen preußischen Gerichten.

— Berlin, 4. April. Der Reichskommissar für das Preußische Justizministerium, Kerrl, hat folgende neue Verfügung erlassen. Mehrfach sind Zweifel aufgetreten, ob die Verhinderung des Auftretens jüdischer Rechtsanwälte vor deutschen Gerichten, wie sie nunmehr im Rahmen meiner letzten Rundverfügungen im Einvernehmen mit der jüdischen Anwaltschaft herbeigeführt ist, die Unterzeichnung von Klagen und Schriftsätzen durch jüdische Anwälte in denjenigen Angelegenheiten, in denen nach dem Gesetz Anwaltszwang besteht, noch zuläßt. Um diesen Zweifeln zu begegnen, hebe ich hervor, daß der Sinn der Maßnahmen der letzten Tage, die Zurückführung der jüdischen Rechtsanwälte auf ein erträgliches Maß, wie es den Verhältnissen der jüdischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung durchaus entspricht, ist, und daß die zum Auftreten bei Gerichten zugelassenen Anwälte auch nicht als berechtigt anzusehen sind, Klagen und Schriftsätze in denjenigen Fällen, in denen Anwaltszwang besteht, zu unterzeichnen."

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Vom 1. April 1933 ab wird die unbeschränkte Annahme von Postgut beim Postamt in Bielefeld nach folgenden Orten zugelassen: Berlin, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Wuppertal.

Bethel.

— **Kirchenchor.** Am Donnerstag wird im Assapheum 8¼ Uhr geübt für Konfirmation, Karfreitag und Ostern. Bachchoralist, Posaunenbuch II. Teil und Requiem von Mozart sind mitzubringen. Da es die einzige Probe ist, ist vollzähliges Erscheinen erforderlich.

— **Christlicher Verein junger Mädchen.**
Mittwoch abend: Bibelstunde — Herr Pastor Voigt.
Donnerstag abend: Singekreis.

Anzeigen aus Bethel.

Ab Donnerstag, den 6. April, gelangt ein Posten Reste, wie Kleider- und Schürzenstoffe, Bettsatin, Bettdamaste, Hemdentuche, Nessel usw., zu sehr günstigen Preisen zum Verkauf.

Ophir, vereinigte Verkaufstellen der Anstalt Bethel.

— Kleiderschrank, kleinen, gebraucht, aber noch gut erhalten, zu kaufen gesucht. Zu erfragen im Dankort.

Statt Karten

Kurt Buchholz
Lenchen Buchholz
geb. Fengler
Vermählte

Bethel bei Bielefeld, den 4. April 1933

Möbel seit 1909 — Teppiche . Gardinen
kauft man bekanntlich am günstigsten bei
Knoop, Bielefeld
Ausstellung und Werkstätten . Bielefeld, Düppelstr. 17—19.
Große wohnfertige Ausstellung von rund 100 Musterzimmern

Haushaltungsschule „Marthahaus"
des Diakonissenhauses „Elisabethenstift", Darmstadt.
Ausbildung in allen Zweigen des Haushaltes. Christliche Erziehung und Unterricht. Eintritt 1. April oder 1. Mai. Jahres- und Halbjahreskurse. Alter 14—22 Jahre. Schul- und Pensionspreis monatlich 45,— Mk. Anfragen an die **Leitung des Marthahauses, Darmstadt,** Stiftstraße 14

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des **„Aufwärts".**

Für Monat ..... 193 . **Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).**

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Tüchtiges gläubiges
Mädchen
perfekt im Kochen. — Sowie
junger Mann
(Autoschlosser mit Führerschein 1 und 3 b) für Heimbetrieb in Mitteldeutschland gesucht. Angeb. unter A. 3214 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ich suche für ein jung. Mädchen, das sein Exam. als techn. Lehrerin gemacht hat, eine Stelle als
Stütze der Hausfrau
und zur Erziehung der Kinder.
Frau Karl Turck, Halver/Lödach (Westfalen).

Junger Maler- und Anstreichergeselle
C.V.J.M.; z. Zt. im F. A.-D., firm in allen vorkom. Arbeiten
sucht Stellung.
Angebote unter A 3219 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Edel-Bienen-Honig 9 oder 4,5 Pfd. netto Mk. 8,90 resp. 5,15 vorw. Klee-Lindenbl Mk. 10,90 und 6,10 franko, Nachn. 30 Pfg. Garantie Rücka. Honig-Krieger, Soest-Land. 2a

---

Hasliberghaus Goldern
Ev. Erholungsheim in der herrl. Alpenwelt d. Berner Oberlandes, 1060 m. Sonnenkuren. Vorzügl. Verpfleg. Besch. Preise. Illustr. Prospekt v. Dr. R. Burckhardt, Pfr.

Der schönste und modernste
Blumenschmuck
für Veranda, Balkon und Fensterbretter sind unstreitig meine echten oberb. **Gebirgs-Hängenelken**
Versand überallhin. Preisliste gratis und franko.
A. Gnadl, Versandgärtnerei, Trudering 461 (Oberb.)

Stellengesuche und Angebote
haben im „Aufwärts"
großen Erfolg!

Hospize und Heime.

Berlin

Berlin N.W. 7, Albrechtstr. 17. Christliches Hospiz Albrechtshof. Nahe dem Bahnhof Friedrichstraße. Fspr. D. 2 Weidendamm 9950. Zimmer v. 2,50 bis 4,50 Mk., einschl. der Nebenkosten.

Sachsen

Leipzig. Christl. Hospiz, Roßstraße 14. Bes.: Verein für Inn. Mission. Straßenbahn 2 und 16. Fernruf 16260 und 20791. **Preis pro Bett 2,75 bis 4,50 Mk. einschl. Steuern.**

Leipzig. Christl. Hospiz Wittenberger-Hof, Czermakgorten 10 (5 Min. v. Hauptbahnhof, linker Ausgang). Ruhigste Lage. 30 Zimmer. Elektr. Licht. Zentralh., Bäder. 48 Betten von 2,25 bis 3,25 Mk. einschl. Bed.

Brandenburg

Hospiz Bodelschwingh-Haus, Brandenburg-Havel, Kirchhofstr. 14. 5 Min. vom Reichsbahnhof. Zimmer von 2 RM. an mit fließendem kalten und warmen Wasser. Mittag- und Abendtisch. Zentralheizung. Bad. Der „Aufwärts" liegt hier auf.

Westdeutschland

Christliches Erholungsheim „Pniel", Bad Oeynhausen, Weststr. 15, Part., 1. und 2. Etg. **18 gut eingerichtete Zimmer.** Abendandachten. Nächste Nähe des Kurparks und der Bäder. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Hohegrethe bei Aue an der Sieg. Christl. Erholungsheim. Schöner Landaufenthalt bei gut. Verpflegung. Täglich Hausandacht. 60 Zimmer mit 60 Betten.

Münster i. W., Christl. Hospiz, Sternstraße 8, Fernruf 1242. 8 Min. vom Bahnhof. Ruhige Lage. 10 Zimmer 12 Betten von 2—3 Mk.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Telef. 2391. Bahnhofstraße 30. Einzelzimmer 2—3 Mk., Doppelzimmer 4—6 Mk. Gute Speisen und Getränke. Auto-Unterstand.

Bad Homburg v. d. Höhe. Christliches Hospiz Quellenhof, Kaiser-Friedrich-Promenade 91. Schönste Lage am Kurpark. Kurgemäße Verpflegung. Mäß. Preise. Das ganze Jahr geöffn.

Haus Patmos Geisweid bei Siegen. Strecke Hagen-Siegen. Perle d. Siegerlandes. Angenehmer Erholungsaufenthalt. Sonnen-, Luft- u. Felkelehmkuren. Leibes- u. Atemübungen. Fleisch-, vegetarische u. Rohkost. Täglich Andacht. Preis 3,—; 3,50; 4,— u. 4,50 Mk. Man verlange Prospekt.

Zur Aufnahme **Alkoholkranker** empfiehlt sich das **Haus Bethesda, Lintorf,** Bez. Düsseldorf. Mäßige Preise.

Bochum. Christl. Hospiz, Humboldtstr. 61, am Hauptbahnhof. 56 Zimmer von 2—3 Mk. 1 Bett, 2 Betten das Doppelte. Zentralheizung.

Die Heilstätte „Elim" bei Herford nimmt Alkoholkranke aller Stände in gewissenhafte Pflege.

Bad Lippspringe. Christl. Erholungsheim Immanuel. Trautes Heim am Tannenwald. Vorzügl. Verpflegung. Bill. Preise. Liegehallen. Zentralhzg. Bäder. Andachten.

Mitteldeutschland

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Bes. Förster-Ostermeyer, Frankfurter Str. 33. Schöne geräumige Zimmer mit voller Verpflegung in nächster Nähe der Bäder, Kurpark und Bahnhof. Zimmer m. voller, guter Verpflegung u. einschl. gewissenhafter Bedienung (keine Proz.) 6 RM je Tag u. Person

Waldeck

Luftkurort Kohlgrund in Waldeck, Arolsen-Land, bietet angenehmen Aufenthalt in waldreicher, schöner Gegend. Gute Verpflegung (4 Mahlzeiten). Freundl. Schlaf- u. Aufenthaltsräume. 5½ Morg. groß., sonnenseitiger, in Terrassen angel. Garten mit Spiel- u. Ruheplätzen. Liegestühle. Landwirtschaft. Pensionspreis ohne jeglichen Zuschlag tägl. 3,— Mk. Prospekt zu Diensten. Bahnstation Marsberg, Strecke Hagen - Kassel. Christl. Erholungsheim M. Dönges.

Christliches Erholungsheim „Tabor", Sachsenberg in Waldeck. Schöne, stille Lage, direkt am Walde, gute Verpflegung, 4 Mahlzeiten, elektr. Licht und Bad im Hause; sonnige gedeckte Liegehalle. — Pensionspreis 3,— Mark. Täglich Andachten. — Für alleinstehende Damen und ältere Ehepaare auch als Dauerheim geeignet. — Pensionspreis monatlich Mk. 75.— bis Mk. 85.—.
Anne Müller.

Süddeutschland

Christl. Hospiz Holländerhof, Heidelberg, Neckarstaden 22. Haltestelle der Straßenbahn Linie 1 Kettengasse. Ruhige Lage an der alten Neckarbrücke mit freier Aussicht auf Neckar und Gebirge. Zentralheizung, Bäder, fließendes Wasser, 30 Z., 47 B., von 2,50 bis 5,—.

Heidelberg, Christl. Hospiz Wartburg, Schiffgasse 2, am Neckar gelegen mit schöner Aussicht auf das Gebirge. Straßenbahnl. 1, Haltest. Theaterstr. Zimmer mit fließend. Wasser, Zentralheizung, Bad, elektr. Licht, 30 Zimmer, 45 Betten von RM 1.50 bis 3.50. Vor- und Nachsaison Ermäßigung. Fernruf 755.
Besitzer: Aug. Kühn

Stuttgart, Hospiz „Herzog Christoph". Ruhige Lage inmitten der Stadt. 60 Zimmer, 75 Betten v. Mk. 2.50 an. Fließendes Kalt- und Warmwasser. Bäder. Personenaufzug. Schöne Gesellschafts- und Aufenthaltsräume. Bekannt gute Gaststätte.
Direktor W. Leuze.

Darmstadt. Evang. Hospiz „Marthahaus", Stiftstr. 14. Einzelzimmer mit Frühstück einschl. Bedienung 2,50 Mark. Elektr. Linie 5 oder 6 bis Stiftstraße.

Alkoholkranke! Wo finden dieselben Aufnahme und gewissenhafte, individuelle Behandlung und Pflege? Im **Haus Burgwald, „Heilstätte" Eberstadt b. Darmstadt.**

Schwarzwald

Christliches Kurhaus Murgtalperle. 600—900 m, Schwarzenberg b. Freudenstadt, Post Schönmünzach, Tel. 31. Hochschwarzwald, sonnige Südlage, bietet Ruhe, heilt Herz und Nerven. Fließ. Wasser, Zentralheiz. 3.50 und 4,— Mark. Dauergäste Ermäßigung. Ill. Prospekt.

Baden-Baden. Erholungsuchende finden in dem von Diakonissen geleiteten **Haus Salem** Leopoldstr. 19, direkt am Walde und ruhige Lage freundliche Aufnahme. Das ganze Jahr geöffnet. Pensionspreis von 5,50 Mk. an.

Bad Dürrheim (Schwarzwald), höchstgelegenes Solbad Europas. **Christliches Erholungsheim „Haus Jeckle".** Neuzeitlich eingerichtetes Neuhaus für spezielle Winterkuren, Solbad im Hause. Zentralheizung in allen Räumen. Fließendes warmes und kaltes Wasser in allen Zimmern. Die ganze Südfront mit großen Liegeterrassen versehen. Gute und reichliche Verpflegung bei 5 Mahlzeiten. Diätküche. Staubfreie ruhige Lage. Mäßige Preise. Telefon Nr. 236.

Freiburg i. Breisgau. Hotel zum Pfauen (Christl. Hospiz), 3 Minuten links vom Bahnhof, Friedrichstr. 16.

Christlich. Kurheim Haus Gottestreue Badenweiler in schönster Gegend des südl. Schwarzwaldes bietet Müden und Erholungsbedürftigen bei bester Verpflegung zu denkbar mäßigem Preis idealen, stärkenden Aufenthalt. Anfragen an Schwester Elli.

Harz

Evangel. Erholungsheim „Haus Hagental", Gernrode (Harz), mitten in schönster Harzlage. Große, freundliche und gut eingerichtete Zimmer. Billige Preise. Volle Pension von 4.50 Mk. an. Prospekte durch die Leitung.

Schweiz

Luzern (Schweiz), Johanniterhof (Vierwaldstättersee, Christliches Hospiz. Sempacherstr. 46, 5 Min. von Bahn und Schiff. Mäßige Preise. Kein Trinkzwang. Trinkgelderberechnung. Restaurant.

Bayern

Rhöngebirge, Soislieden, Hünfeld-Land, Schnellzugst. Hersfeld. Christl. Erholungshaus Gnadenheim. Höhenlage mit prächtiger Fernsicht. Größte Stille. Gute Verpflegung. Tägliche Andacht. Pensionspr. 2.50—3.50 Mk. Besitzer E. Jaek.

Beilage des Aufwärts

Nr. 82. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 6. April 1933. | 15. Jahrgang.

Die Bestrebungen der „Technokratie".

Von W. Kühnhaupt, Berlin.

Die sozial-wirtschaftliche Reformbewegung, die wir mit dem Wort „Technokratie" bezeichnen, nimmt im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten dauernd an Umfang zu, und es wäre falsch, sie mit einer vornehmen Handbewegung abzutun und ihr etwa mit dem Wort „Amerikanismus das Urteil zu sprechen. Sie besteht schon seit 1920 und wurde durch den genialen amerikanischen Ingenieur Howard Scott ins Leben gerufen. (Siehe auch Aufwärts Nr. 18 vom 21. 1. 33.)

In dem letzten großen Bericht der Technokratie heißt es: „Wir müssen uns darüber klar werden, daß wir am Ende einer Weltepoche stehen, und daß die letzte Wurzel der Weltkrise nicht in der Politik, sondern in der Technik zu suchen ist." Und Wayne W. Parrish schreibt in der in New York erscheinenden Zeitschrift „The New Outlook": „Es beruht auf nüchterner, wissenschaftlicher Zusammenfassung gegebener Tatsachen, wenn die amerikanischen Ingenieure heute berichten, daß Amerika innerhalb einer Frist von achtzehn Monaten vor der unmittelbaren Gefahr des Staatsbankerotts und vielleicht des allgemeinen Chaos stehen wird. Als Ergebnis der wissenschaftlichen Forschungsarbeit einer Berufsorganisation von Technikern und Ingenieuren, die sich den Namen Technokratie beigelegt hat und sich seit mehr als einem Jahrzehnt dem Studium des industriellen und landwirtschaftlichen Fragenkomplexes gewidmet kat, wird diese drohende Gefahr heute enthüllt."

In den Maschinenbaulaboratorien der Columbia Universität zu New York sind ständig 36 Ingenieure beschäftigt, um das nötige Material zu sammeln, das den Studien der technokratischen Bewegung als Unterlage dient. Das Material wird Geschäftsberichten der Industriekonzerne, den Berichten der Handelskammern, den offiziellen staatlichen und bundesamtlichen Quellen und den Feststellungen vieler privater Unternehmungen entnommen. Der Plan besteht darin, Tabellen aufzustellen, an Hand deren nachgewiesen wird, wie der Beschäftigungsstand, die Gütererzeugung, der Energieverbrauch in den Vereinigten Staaten während der letzten hundert Jahre war. Man will versuchen, dieses Riesenmaterial auf eine einzige exakte Formel zu bringen, um daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Dreitausend Produkte von Weizen und Baumwolle an bis zu Stahl und elektrischer Kraft, werden von der Untersuchung erfaßt, und einige hundert Tabellen liegen bereits vor. Diese Tabellen mit ihren Kurven, ihren schwankenden Auf- und Abwärtsbewegungen, legen mit unanfechtbarer Klarheit die Tatbestände dar. Sie deuten nach den Ansichten der Technokraten auch unfehlbar hin auf das bevorstehende Ende des Zeitalters der schrankenlosen Ausweitung geschäftlicher Gewinnsucht.

Aus den tabellarischen Kurven gehen die Hochs und Tiefs der Inflationen und Depressionen des wirtschaftlichen Aufstiegs und Abstiegs in der Sprache der Erzeugungs-, Verbrauchs- und Beschäftigungsziffern mit aller Klarheit und Wahrheit hervor.

Die Feststellungen, die man auf Grund des vorhandenen Materials gemacht hat, sind z. T. ebenso hochinteressant als drastisch.

„Ein Müller im alten Athen oder Rom konnte in ein bis zwei Tagen zwischen seinen rohen Mahlsteinen etwa 200 bis 300 Kilogramm mittelmäßiges Mehl mahlen. Eine moderne Mühle in Minneapolis produziert 6 Millionen Kilogramm pro Mann und Tag, und das bei viel kürzerer Arbeitszeit und viel besserer Qualität. Aber für wen?

Ein Schuster im alten Rom brauchte fünf und einen halben Tag, um ein Paar Schuhe anzufertigen. Die 7200 Schuhmacher der römischen Schuhmachergilde stellten demnach in fünfeinhalb Tagen insgesamt nur 7200 Paar Schuhe her. Dieselbe Anzahl Arbeiter produziert in einer modernen Schuhfabrik in fünfeinhalb Tagen insgesamt 595 000 Paar Schuhe. Für wen?

Die Ziegelbrenner haben im Verlaufe von über 5000 Jahren niemals einen durchschnittlichen Arbeitsertrag von 450 Ziegelsteinen pro Mann und Tag überschritten, den Tag zu mehr als zehnstündiger Arbeitszeit gerechnet. Eine moderne Ziegelbrennerei produziert 400 000 Ziegelsteine pro Mann und Tag."

Durch die Mechanisierung der Arbeit wird die Zahl der menschlichen Arbeitsstunden beständig herabgesetzt. In der Zigarettenindustrie ist man zur Anwendung von Maschinen übergegangen, die 2500 bis 2600 Zigaretten in der Minute herstellen, während die bisherige Höchstleistung zwischen 500 und 600 Zigaretten lag. — In der Glühbirnenindustrie erzeugt ein Arbeiter in der Stunde so viel Glühbirnen als 1914 in 9000 Stunden. — Hundert Arbeiter in der modernen Ziegelbrennerei können heute den gesamten Ziegelsteinbedarf der Vereinigten Staaten herstellen.

Und es gibt, sagt der Verfasser in „The New Outlook", noch Demagogen, die von „Rückkehr zur Normalität", von Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Betriebe faseln. — Selbst wenn alle unsere Betriebe wieder im Tempo von 1929 produzierten, wäre für nicht mehr als die Hälfte unserer vierzehn — man spricht jetzt schon von siebzehn — Millionen Arbeitslosen Arbeit vorhanden."

Die Technokraten bezweifeln, daß es unter dem heutigen Preissystem jemals möglich sein wird, alle Menschen im erwerbsfähigen Alter zu Tariflöhnen unterzubringen, die eine den Anforderungen der Waren- und Gütererzeugung entsprechende Kaufkraft besitzen. Und sie bestreiten, daß eine wirtschaftliche Erholung möglich ist, wenn die Speicher mit Vorräten gefüllt sind, die für zwei Jahre reichen.

Um den Schwierigkeiten zu begegnen, die uns die Herrschaft der Maschine gebracht hat, muß die Arbeit so gestreckt werden, daß die erwachsene Bevölkerung täglich vier Stunden in der Woche und nur an vier Tagen arbeiten darf.

Zu dieser schwerwiegenden Frage hat sich auch der frühere deutsche Kaiser geäußert. Er hat, wie B. Z. a. M. vom 22. 2. 33 mitteilt, über die Adresse des amerikanischen Journalisten Gaffney einen Brief an die Technokraten geschrieben, in dem er die Sechzehnstunden-Arbeitswoche für keine Lösung des Problems ansieht. Er fordert vielmehr ein Gesetz, daß den Bau und den Gebrauch der Maschine beschränken soll. Die Maschinen sollen wieder werden, was sie in Urgroßväterzeit waren, — „erweiterte Hilfsgeräte der menschlichen Hand."

Die B. Z. meint aber, mit „Vergangenem" sei uns nicht mehr zu helfen. Das Rezept des Kaisers werde ihm den Titel eines Maschinenstürmers eintragen. Was er wolle und empfehle, sei die primitivste Form der Planwirtschaft, es sei der „Marxismus eines Romantikers".

Aber die B. Z. täuscht sich, wenn sie glaubt, die gewaltige Störung, die dem Wirtschaftsleben durch die Technik erwächst, beseitige sich von selbst, sobald man wieder dem „freien Spiel der Kräfte" seinen Lauf lasse im Sinne des alten Liberalismus. Wenn der Verfasser des Aufsatzes in der B. Z. meint, die Vorschläge des „ehemaligen Kaisers endeten im „Gestrüpp revolutionierender Ueberlegungen, da, wo es keinen Ausweg mehr gibt als den Tod", so gilt das auch von den Ueberlegungen, durch die uns der alternde Liberalismus retten will.

Da ist u. E. Geheimrat Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz auf richtigerem Wege als die Anhänger der alten Fortschrittspartei. In einem Vortrage, den er kürzlich in der Hochschule für Politik zu Berlin hielt, gab er der Ansicht Ausdruck, daß die sozialen Gefahren der Maschine nur zu überwinden sind in einer vollendeten Planwirtschaft, die die Arbeitszeit vernünftig verkürzt und einen planmäßigen und schrittweisen Ersatz der menschlichen Arbeit durch die Maschine vornimmt. Eine solche Planwirtschaft braucht das Unternehmertum keineswegs auszuschließen. Denn die Aussicht auf Gewinn ist nun einmal eine Lebensnotwendigkeit. Eine solche Planwirtschaft setzt aber eine Ethik des Gemeingeistes voraus, durch die der Führer wie die Masse, vor allem der Beamte, welcher Bindeglied zwischen Führer und Masse ist, sich freiwillig und freudig dem Ganzen unterordnen. Dies ist nur möglich, sagt Prof. v. Schulze-Gävernitz, durch eine „religiöse Neuerweckung". Um die Sinnlosigkeit, die „tolle Paradoxie", der Ueberproduktion auf der einen und des Massenelends auf der anderen Seite zu überwinden, empfiehlt der Gelehrte ferner die staatliche Arbeitsbeschaffung durch Kredit, also Schaffung zusätzlicher Kaufkraft. Diese ist solchen Unternehmungen zuzuführen, die sich im Laufe der Jahre amortisieren. Dahin gehört in erster Linie das Siedlungswerk. Es entspricht einmal einem Zuge der Zeit und stellt zum andern den Menschen wieder auf gesunden Boden, indem es ihn dem „Boden", dem Acker zuführt. —

Die Technokraten leisten ohne Zweifel der Menschheit einen großen Dienst durch ihre umfassenden tabellarischen Feststellungen und Statistiken. Wenn man ein Uebel, eine Krankheit beseitigen will, muß man ihr Wesen ex profundo, d. h. in der Wurzel kennen. Aber die reine sachliche Erfassung tut es auch nicht. Der äußerlich-sachlichen Umordnung und Umformung muß eine innerliche entsprechen. Darauf zielt eben Prof. v. Schulze-Gävernitz hin, wenn er von einer „religiösen Neuerweckung" spricht. Die rein materialistische Auffassung der Dinge führt nicht auf die helle Seite des Lebens.

Das aber ist ein Punkt, den die Technokraten übersehen, ein Punkt, der freilich auch nicht im Blickfeld und der Verlängerungslinie ihrer rein tabellarischen Erhebungen liegt. Der Begriff religiös-sittliche Erneuerung muß aber trotzdem mit eingestellt werden als Faktor in das wirtschaftliche Rechenexempel. Das rein technokratische Wollen bedarf einer Ergänzung durch neues geistiges Leben; dann erst kann der Mensch sich zum „Herrn der Wirtschaft" machen.

Zuversicht.

Und täglich steigt die Sonne höher,
und täglich kommt der Frühling näher,
ist auch der Strom noch ganz voll Eis,
— der Lenz kommt bald, ich weiß, ich weiß!

Und auf den allerhöchsten Bäumen
da seh ich, wie die Knospen träumen,
trotz Winterfrost, ins Himmelsblau,
— der Lenz kommt bald, ich weiß genau.

Im Käfig gar, der kleine Sänger
merkt schon: die Tagen werden länger,
der Sonne singt er Lob und Preis,
auch er ahnt schon den Frühling leis.

Ja, täglich steigt die Sonne höher,
und täglich kommt der Frühling näher,
ist auch der Strom noch ganz voll Eis,
— der Lenz kommt bald, ich weiß, ich weiß!

— — Doch heißer noch als Frühlingswehen
ersehn' ich Deutschlands Auferstehen!
Mein Gott! Dereinst auf dein Geheiß
erwacht mein Vaterland — — ich weiß!

Anna Mayer-St.

Das Reichsehrenmal.

Von Alemannia.

Es schwebt wie ein unglückseliges Verhängnis um das Ehrenzeichen, das alle Deutschen so brennend gern gemeinsam ihren zwei Millionen Gefallenen errichten möchten, um das sich zu einigen aber dem deutschen Volk von der Vorsehung leider vorläufig verwehrt zu sein scheint.

Fast zehn Jahre suchten die für das Zustandekommen eines Reichsehrenmals sich verantwortlich fühlenden Behörden und Organisationen einen geeigneten Standort für irgendetwas ganz Großes, ganz Einzigartiges, einstweilen noch völlig Unvorstellbares, das späteren Geschlechtern Zeugnis ablegen sollte von dem ungeheuerlichen Geschehen des Weltkrieges.

Zunächst trat der Rhein mit zwei ernst zu nehmenden Projekten hervor. Der eine Vorschlag ging dahin, die Festung Ehrenbreitstein wieder herzustellen und für diesen Zweck würdig auszugestalten, der andere wünschte die Insel Lorch in ein Tabernakel umzuwandeln, fernab von allem profanen Geschehen, die Toteninsel von Böcklin scheint unbewußt diesen Vorschlag beeinflußt zu haben.

Mit sehr viel innerer Berechtigung forderte die Weser für sich die Ehre, auf den von herrlichen Buchen bestandenen Rabenklippen bei Höxter das Mal errichtet zu sehen, denn nach Internationalisierung der deutschen Ströme durch den Versailler Vertrag blieb die Weser der einzige von der Quelle bis zur Mündung rein deutsche Fluß.

Ganz selbstverständlich trat auch die Reichshauptstadt auf den Plan und schlug die Umwandlung der Neuen Wache vor, an die sich so viele historische Erinnerungen knüpfen.

Schließlich wies Thüringen, als das Herz Deutschlands, auf ein schönes Waldgelände bei Berka südlich von Weimar hin, das, von Wiesengründen durchzogen, ein liebliches Stück deutscher Heimat darstellt.

Nach langem Hin und Her und vielen Besichtigungsfahrten ging Berka, zunächst im Lagestreit, siegreich hervor. Noch aber war die Frage der Ausgestaltung nicht gelöst. Eine besondere Idee sollte Ausdruck finden. Andere Nationen, denen das Uebereinstimmen offenbar leichter wird als den Deutschen, haben den schönen Gedanken des „Unbekannten Soldaten" schon vorweg genommen, und so soll Deutschland also den „Ehrenhain" als eine noch nicht vorhandene Form der Kriegerehrung erhalten.

Mit dem Worte „Hain" verbinden sich uns unwillkürlich ganz bestimmte Vorstellungen von fest umhegten heiligen Wäldern mit tiefen Schatten, murmelnden Quellen und sagenhaften Tieren, die göttliches Geheimnis künden. Die geweihten Bezirke waren einst unzugänglich, denn die Haine bildeten die Tempel unserer Vorfahren. Ein Stimmungswert von ungewöhnlicher Schönheit liegt in der Idee des Ehrenhains und die Phantasie liebender Erinnerung malt das Bild in gedämpften Farben weiter bis zur harmonischen Vollendung.

In weitem Umkreis sind Autos und Eisenbahnen verbannt. Hier liegen, in Gärten verstreut, kleine Heimstätten für alternde Kriegsteilnehmer und einsame Frauen, in losem Verband zu kleinen Familien zusammengefaßt. Zwei Kapellen beider christlicher Konfessionen ermöglichen jederzeit den in Begleitung von Geistlichen kommenden Besuchern, eine kurze Andacht zu halten.

Der nächstengere Bezirk ist freies, weites Waldgebiet, nur so weit als notwendig von forstverständiger Hand gepflegt, der Natur viel schaffenden Spielraum gewährend und von edlem Wild belebt.

Zur leicht sich senkenden Mulde hin beginnt die Zone des Schweigens. Kein banales Wort soll die Erinnerungsstätte entweihen, kein Geschwätz die Totenstille durchbrechen. Parkähnlich breitet sich der Hain, schmale schöne Wege führen zur Mitte, die ein großer stiller See bildet. Am Rande des Sees blüht und wuchert es von ungezählten Büschen und Stauden, zu jeder Jahreszeit quillt neuer Farbenreichtum auf und verschwendet sich, in süßen Düften verströmend.

Und inmitten des Sees steigt eine kleine Insel herauf, unerreichbar jeder menschlichen Berührung. Auf ihr wölbt sich in flacher Rundung eine purpurne Schale, Tag

und Nacht von unsichtbaren Lichtquellen erleuchtet. Um sie her knien die steinernen Gestalten toter deutscher Soldaten, sie bewachen das niemals sterbende, ewig glühende deutsche Herz. — — —

Für alle die, die nicht die Gräber wissen, sollte hier ein Ort des Sichversenkens sein. In dichten Hainbuchenhecken am Ufer entlang, vor neugierigen Blicken versteckt, sind bequeme kleine Bänke angebracht. Der Mensch kommt dort zur Ruhe in stiller weihevoller Stunde. Träume der Erinnerung werden von Bitterkeit befreit, die Erhabenheit des Opfers läßt eigenen Schmerz versinken. Ein Mitschwingen der Seele im großen Geschehen der Vergangenheit hebt leidvolle Gegenwart in den Kreislauf der Ewigkeit hinein.

In diese weltentrückte Stille klingt um die Mittagsstunde vom nahen Fahnenturm das einfache, aber ach so tief ergreifende Lied vom guten Kameraden, während gleichzeitig eine der alten Regimentsfahnen (in der Nachbildung) für neue 24 Stunden dem Ehrendienst sich entfaltet. Nichts weiter.

Und doch, den Kampfgenossen und den Leittragenden wäre es genug.

Was aber bereitet sich in Wirklichkeit vor?

Die „Stiftung Reichsehrenmal" veröffentlichte einen Wettbewerb zwecks Einreichung von Entwürfen eines Ehrenmals. Also man wünscht ein Denkmal zu bauen. Nach Jahresfrist waren auch 1100 Entwürfe eingegangen, von denenn 20 in die engste Wahl kamen. Diese zwanzig Modelle sind zur Zeit in Berlin der Besichtigung freigegeben, die drei ersten sind preisgekrönt, eines von diesen zur Ausführung empfohlen. (Die Abbildungen gingen vor kurzem durch alle illustrierten Zeitungen.)

Das Ergebnis ist vernichtend.

Der erste Entwurf der Professoren Bieber und Wackerle zeigt einen Monumentalbau, unter dem man mit größtem Gleichmut die Unterschriften je nach Wunsch wechseln könnte, z. B. Rathaus in X., Verwaltungsgebäude der Krankenkasse in Y. oder Bürohaus der Firma Z. Es könnte in Berlin ebenso stehen, wie in Dortmund oder Gelsenkirchen. Es sind Terrassen, Flachdachhäuser und ein Turm. Sollte hier, wie vorgeschlagen, ein Kriegerheim mit untergebracht werden, so lassen sich die profanen Dinge eines großen Haushalts wie Waschküchendunst und die Gerüche der Mahlzeiten nicht völlig unterdrücken, das Radio wird singen etc. etc. Außerdem ist ein gehöriges Stück freien Geländes für diesen gewaltigen Steinkomplex und den zu entfaltenden militärischen Pomp zu schaffen, somit müßte der „Ehrenhain" zunächst einmal fleißig abgeholzt werden!

Professor Kreis braucht für seinen offenen ungedeckten Ehrenhof in Megalithform gleichfalls eine kahle Bergkuppe; wuchtige, gleichmäßig gefügte Steinquadern und ebenso verteilte gewaltige Toröffnungen verlangen den unermeßlichen Horizont als Hintergrund, graue Wolken und heulender Sturm würden das grausig-schöne Bild vervollständigen. In kleineren Ausmaßen sind ähnliche Entwürfe in Obernkirchen/Schaumburg und auf dem Tönsberg bei Oerlinghausen in Lippe schon verwirklicht.

Etwas mehr an den Gedanken des Haines hält sich der dritte Entwurf der Professoren Janssen und Wetzel, die wenigstens den vorhandenen Wald berücksichtigen, ihn aber merkwürdigerweise durch hohe Bruchsteinmauern absetzen und unterfangen, diese Mauern dabei durch tunnelartige Bogeneingänge unterbrechend. Der Zweck dieser Eingänge ist ganz unerklärlich, denn würden sie wirklich Gänge erschließen, so könnten diese nur durch die Wurzeln der Bäume führen, was wiederum den Untergang des Waldes zur Folge haben würde.

Ganz bewußt ist an dieser Stelle von bitteren oder scharfen Ausdrücken Abstand genommen worden, obwohl der Gegenstand sehr dazu herausforderte. Möge es genügen, zusammenfassend auf diese „Denkmäler" das Wort anzuwenden: „Von ihnen sprechen ist Verlegenheit."

Vielleicht wäre der Wettbewerb etwas anders ausgefallen, hätte man nicht zufällig vergessen diejenigen zur Beratung heranzuziehen, die es eigentlich ein wenig angeht: feldgraue Kameraden, die hundertfach dem Tode ins Antlitz sahen; junge Frauen, die den einsamen Weg wandern müssen; Söhne, die vaterlos aufwuchsen und denen das zu Schaffende eine Mahnung sein sollte; und endlich vielleicht auch — eine Mutter.

Das Projekt war außerdem von vornhereln zum Scheitern verurteilt, weil es Unmögliches verlangte. Zwei sich gegenseitig völlig ausschließende Ideen sollten durch Preisausschreiben zusammengezwungen werden: einmal die elementare Schönheit und der geheimnisvolle Zauber des deutschen Waldes als Ausdruck innerster Empfindung, und zum andern die gigantischen Ausmaße steinerner Kunstgebilde als Sinnbild einer unerhörten heroischen Größe.

Es erscheint aussichtslos, in einem einzigen Denkmal durch Umfang und Wucht ausdrücken zu wollen, was die Zahl von zwei Millionen Gefallener umschließt. Vielleicht bringt die spätere Zukunft eine Lösung, die imstande ist, das Erlebnis des Weltkrieges zu symbolisieren.

Vorläufig sollte sich das deutsche Volk damit begnügen, entsprechend seiner Stammeseigenart jeder Landschaft eine zentrale Gedenkstätte zu weihen. Es ist damit auch schon begonnen worden.

Ostpreußen mit seinen gewaltigen Flächen schuf sich die gewaltige Mauerkrone bei Tannenberg zum Mal.

Brandenburg-Preußen besitzt in der Schinkelschen Wache in Berlin eine künstlerische Stätte der Erinnerung an die Toten.

In der Bayernstadt München ruht der „Tote Soldat" ergreifend schön und feierlich als einer jeden Mutter Sohn.

Das Rheinland wird auf den Ausbau vom Ehrenbreitstein nicht verzichten wollen.

Westfalen-Niedersachsen wird bestimmt noch auf den Rabenklippen an der Weser seine Söhne besonders zu ehren wissen.

Für die Ostseeküste könnte das schon errichtete eigenartige Labö bei Kiel die Sammelstätte werden.

Und Mitteldeutschland besäße bei Berka seinen heiligen Hain des treuen Gedenkens.

Nur Schlesien-Sachsen und die rechtsoberrheinischen Landschaften stehen noch aus, werden aber nicht allzu schwer eine würdige Lösung finden.

Schöpferische Gedanken können nicht befohlen werden, sie kommen, wenn die Zeit reif ist, und werden den Künstlern geschenkt. Solange das nicht der Fall ist, muß das deutsche Volk auf ein Reichsehrenmal warten und kann es auch, ohne pietätlos zu erscheinen, denn die Toten sind nicht vergessen, und ihr Geist ist heute bei uns lebendiger denn je.

Ueber sehschwache Kinder und ihre Schule in Dortmund.

Die wenigsten Eltern werden wohl wissen, daß die Stadt Dortmund eine Schule für sehschwache Kinder besitzt.

Welche Kinder gehören nun in die Sonderschule? In die Sonderschule gehören Kinder mit Hemmungen. Wir unterscheiden da drei Gruppen: 1. die Kranken, 2. Kinder mit Ausfällen (1 Sinnesorgan fehlt) und 3. Kinder mit Abschwächungen. Zu der Gruppe der Kranken gehören die tuberkulösen Kinder, die im Einzelunterricht betreut werden. Zur 2. Gruppe zählen die Krüppel, die Schwachsinnigen, die Psychopathen und zur letzten Gruppe die Schwerhörigen und die Sehschwachen.

Vor ungefähr 130 Jahren trat in Amerika zum erstenmal der Gedanke auf, Sehschwachenschulen zu Gründen. Die erste Schule dieser Art entstand in Deutschland im Jahre 1909, und zwar in Straßburg. Die Dortmunder Sehschwachenschule besteht seit dem 1. Mai 1928.

„Ein Kind ist sehschwach bei einer Sehschärfe von 1/20—1/4, sofern diese Sehschärfe ausreicht, unter Anwendung heilpädagogischer Grundsätze, gegebenenfalls mit gewöhnlichen Hilfsmitteln, Schreiben und Lesen nach Art der Sehenden zu erlernen und eine Beschäftigung und weitere Berufsausbildung nach Art der Sehenden zu ermöglichen."

Es sind auch sehgefährdete Kinder in dieser Schule, Kinder, die Entzündungen haben usw.

Sehschwache Kinder gehören nicht in die Normalschule. Sie sind vorstellungsarm, unaufmerksam, voller Minderwertigkeitsgefühle und machen leicht den Eindruck von Hilfsschulkindern. Diese Kinder schreiben schlecht, ihre Haltung ist schief. Sie zeigen bald Ermüdungserscheinungen. Der Unterricht in: Handarbeit, Zeichnen und Turnen bietet ihnen viel Schwierigkeiten. Oft werden die sehschwachen Kinder in Blindenanstalten untergebracht. Sie gehören aber nicht dorthin, denn die Methode wird ihnen nicht gerecht, da der Unterricht auf das blinde Kind eingestellt ist.

Die Sehschwachenschule sollte an einem zentral gelegenen Ort liegen, damit sie gleich schnell von den Schülern erreicht werden kannn. Viele Schüler kommen von auswärts, z. B. von Witten, Mengede usw. Die Dortmunder Sonderschule liegt in der Karlstraße, in der Nähe der Hansastraße — also sehr zentral.

Die Unterrichtsräume befinden sich im obersten Stockwerk und können also nicht ihres Lichtes durch Bäume und Häuser beraubt werden. Die Schülerzahl jeder Klasse ist klein, so daß eine äußerst individuelle Behandlung möglich ist. Jedes Kind hat sein eigenes Pult mit seinem Stuhl. Die Platte des Pultes kann schräg aufgestellt werden. Als wir in eine Klasse hereinguckten, schrieben die Kinder gerade auf einer großen schwarzen Tafel mit Kreide. Die Tafel war auf die schräg gestellte Platte des Pultes gelegt worden. Eigentümlich sieht es aus, daß die Kinder alle mit dem Rücken zum Licht sitzen und ins Dunkle schauen. Die Augen der Sehschwachen sind sehr empfindlich gegen Licht. Das Pult wird nicht beschattet, da die Platte schräg gestellt wird. Jedes Kind sitzt da, wo es am besten sehen kann. So sitzen die stark sehschwachen Schüler ganz vorn. Beim Lesen benutzen manche Kinder Lupen, die ihnen die Schule zur Verfügung stellt. Uns fiel ferner auf, daß die meisten sehr schlecht entwickelt waren. Der ganze Unterricht ist auf die Schonung des kranken Auges eingestellt. Es wird nicht länger als ¼ Stunde gelesen und geschrieben, während der mündliche Unterricht einen großen Raum einnimmt.

Etwas Besonderes sind die Kräftigungs- und Lockerungsübungen für das Auge. Die Lehrerin hat zu diesem Zweck einen Stab, an dem sich oben eine rote Scheibe befindet. Die Scheibe wird den Kindern dicht vor die Augen gehalten, immer weiter entfernt, nach rechts, nach links gehalten, es wird ein Kreis mit ihm beschrieben. Das Auge folgt der Scheibe und muß sich immer wieder anders einstellen.

Es werden ferner Aufmerksamkeitsübungen vorgenommen. An einem besonderen Apparat werden zwei schwarze Platten auseinandergeschoben, dahinter befindet sich z. B. die Zeichnung eines Schmetterlings, einer Gabel, eines Regenschirms usw. Die Platten werden aber blitzschnell zusammengeschoben, so daß das Bild nur einen kleinen Augenblick sichtbar wird. Dadurch wird die Sehfähigkeit geübt, das Auge muß sich rasch auf etwas Neues einstellen. Den Kindern machten diese Uebungen sehr viel Freude.

Im Gegensatz zur Normalschule wird in der Sehschwachenschule ein monatliches Schulgeld von 10,— RM erhoben, das, falls es die Eltern nicht aufbringen können, von der zuständigen Stelle bezahlt wird, der Betrag ist im Verhältnis gering, wenn man bedenkt, wieviel mehr der Erblindete dem Staate kostet. Vorbeugen ist besser als Heilen, und meist kann dann von einer Heilung keine Rede mehr sein.

G. W.

Was lieseſt du?

Auch die Beschäftigung mit dem Buch, sofern es wertvoll ist, bleibt für den innerlich lebendigen Menschen gerade unserer kritischen Jahre eine Notwendigkeit. Je weniger freilich dafür dem einzelnen die Mittel zur Verfügung stehen, desto mehr bedarf es einer Hinführung zu den Büchern, die uns innerlich mitzuformen auch wert sind. Auch hinsichtlich der evangelischen Belange überhaupt wird es für uns unumgänglich sein, zu manchen Erscheinungen des Tages ein nicht nur empfehlendes, sondern manchmal auch warnendes Wort zu sagen; und dann das auch zu begründen. In den während des letzten Jahres wie Pilze aus der Erde schießenden sogenannten „Modernen Leihbüchereien" hat sich das an der Schundliteratur interessierte Kapital neue Kanäle zum lesenden Publikum geschaffen. In der Zeit der Arbeitslosigkeit bildet diese Möglichkeit eines Nebenerwerbes auf der einen Seite, wie auf der anderen die sehr erleichterten Abbonementsbedingungen einen doppelten Anreiz für die Ausbreitung dieser Büchereien, die jeder ernsthafte Buchfreund nur bedauern kann. Wenn hier nicht gegenorganisatorisch eingegriffen wird, werden wir sehr schnell die Folgen besehen. Bis dahin bleibt uns einzelnen nur der Weg der persönlichen Abwehr und für diesen wiederum ist es unerläßlich, dafür zu sorgen, daß das gute neuere Buch uns bekannt und im Umkreis unseres Einflusses empfohlen und verbreitet wird. Daran soll uns die Frage: „Was lieseſt du?" immer wieder erinnern; wir wollen sie auch weitergeben und unsererseits im Bekanntenkreise stellen.

Inzwischen ist das, was uns das Weihnachtsfest an Büchern brachte, zum großen Teil wohl gelesen und verarbeitet. Ehe wir in einem der nächsten Bücherbriefe die Sonderfrage guter Konfirmationsgeschenke besprechen, möchten wir heute einiges zusammenstellen, was im Augenblick von besonderer Bedeutung ist. Das Jahr 1933 wird dem westlichen Protestantismus eine geschichtliche Erinnerung bringen; von Holland ausgehend rüstet man sich zur 400-Jahrfeier des Geburtstages eines Mannes, der für die westlichen Länder der deutschen Reformation eine ähnliche Bedeutung gehabt hat, wie ein Jahrhundert später Gustav Adolf für den Protestantismus Nord- und Mitteldeutschlands. Dieser Mann ist Wilhelm von Oranien, der „Schweiger" genannt, der einst durch den Befreiungskampf der Niederlande den spanisch-französischen Flankenstoß gegen die deutsche Reformation und ihre jungen Kirchen absplittern ließ. Das Lebensschicksal dieses überragenden Mannes ist von unerhörter Bewegtheit. Als sozusagen erster Versuch, es uns zu vergegenwärtigen, bringt der in Korntal wohnende Schriftsteller Ernst Schreiner eine historische Erzählung „Wilhelm von Oranien" (Brunnen-Verlag, 4,80 RM). Das Buch ist jedem verständlich, ist lebendig geschrieben, historisch gut unterbaut, in gutem Sinne volkstümlich. Vom Künstlerischen her gesehen muß man allerdings sagen, daß des Verfassers Gestaltungskraft dem außerordentlichen und schicksalstiefen Leben des Oraniers, zumal auf der Höhe seines Wirkens, doch nicht ganz gerecht zu werden vermochte. Es fehlen dieser Darstellung die Wucht und das Mitreißende, das ein Lebensschicksal wie das des großen Schweigers auch künstlerisch noch im ganz andern Maße fruchtbar machen könnte.

Eine seinerzeit viel gelesene, heute nur schwer erhältliche Biographie „Wilhelm von Oranien" stammt von einem originellen Badener, über den sein Enkel, der heute fast am volkstümlichsten schreibende Karl Hesselbacher, im Verlag von Salzer, Heilbronn (5,80 RM), eine köstliche Erlebnis-Bilderreihe unter dem Titel „Geschichten vom Großvater Ledderhose" uns vorlegt. Dieses literarische Porträt ist, aus der Zeit vor 100 Jahren geformt, ein nicht nur sehr lebendiger und interessanter Beitrag zur kirchlichen und politischen Vergangenheit, sondern hat hinsichtlich des Kampfes gegen den Rationalismus und Liberalismus, der ja noch keineswegs zu Ende ist, auch heute noch beispielhafte Bedeutung und kann nur angelegentlich empfohlen werden.

Ein echt christliches Elternhaus, von dem zu lesen erzieherisch und werbend zugleich wirkt, hat Lina Lejeune in den Erinnerungen an ihren Vater geschildert unter dem Titel „Das Haus an der Pfingstweide" (Steinkopf, 2,80 RM). Während sie ihrer Heimglückarbeit in Eisenach durch ein Interview mit Bildern, das kürzlich eins unserer wenig empfehlenswerten Magazine brachte, keinen guten Dienst getan hat, darf man ihr für dieses Büchlein von Frankfurter Erinnerungen an ihrers Vaters so reich entfaltete christliche Persönlichkeit wirklich dankbar sein.

In einer volkstümlichen Ausgabe sind inzwischen ungekürzt die Erinnerungen der „Kronprinzessin Cäcilie" erschienen (Köhler, Leipzig, 3,20 RM), ein von jeder Politik freies Lebensbuch, das sie als deutsche Frau und Mutter jedem politisch nicht verbogenen und verhetzten Menschen dankenswert nahebringt. Wir weisen darum auf diese Volksausgabe hin.

Eckart.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.